

Ercheint
in allen Werttagen.
Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 400.—
in den Ausgabestellen 425.—
nach Zeitungsboten 450.—
im Postamt 440.—
ins Ausland 50 deutsche Mark.

Verlagspreis: 4246, 2273,
3110, 3249.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausbesserung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
i. d. Grundstiftung im
Angebot innerhalb
Polens 60.—M.
Reklameteil 180.—M.
Für Aufträge aus
Deutschland 400 M.
im Reklameteil 12.—M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Posen.

Postfachkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Polen, Deutschland und Europa.

Der „Przeglad Poranny“ kommt in seiner Nummer 194, am 25. d. Mts., nochmals auf die Frage der Anerkennung des Versailler Vertrages zurück.

Zuerst betont er, seine Ausführungen in Nummer 183, am 14. d. Mts., wiederholend, daß sich seiner Meinung nach Angriffe gegen den Versailler Vertrag in erster Linie gegen Polen selbst richten, da der polnische Staat gerade durch den Versailler Vertrag ins Leben gerufen worden ist. Seine Revision würde in erster Linie territoriale Änderungen im Gefolge haben, und zwar auf Kosten Polens. Daher müsse sich die ganze polnische Gesellschaft derartigen Bestrebungen entschieden entgegenstellen.

Nach den Ausführungen des „Przgl. Por.“ scheint das „Pos. Tagebl.“ in seiner Erwiderung auf diese Ausführungen (vom 16. ds. Mts.) ganz einverstanden zu sein mit der Behauptung, daß jede Revision des Friedensvertrages auf Kosten Polens stattfinden müßte. Er führt dann als besonders charakteristisch den Schluß unserer Ausführungen an, in welchem die Alternative „Polen oder Europa“ gestellt und darauf hingewiesen wird, daß Polen am Wohle Europas vor allen Dingen interessiert sei.

Zur Kritik unserer Ausführungen weist der „Prz. Por.“ darauf hin, daß Polen in den letzten Monaten deutliche Beweise geliefert habe, wie sehr es am Wohle Europas interessiert sei und wie es beständig darauf hinarbeite. Das Zeugnis des ganzen Auslandes beweise, daß für es ebenso wie für Polen selbst die Unabhängigkeit Polens in seinen gegenwärtigen Grenzen eine Hauptbedingung für das Wohlbefinden Europas sei.

Schließlich wird dem „Pos. Tagebl.“ die Frage vorgelegt, in welchen Punkten es eine Revision des Versailler Vertrages anstrebe. Der „Prz. Por.“ wünscht eine klare und offene Antwort und genaue Angabe aller Punkte in denen eine Revision des Vertrages stattfinden soll. Nur dann könne eine sachliche Diskussion zum allgemeinen Nutzen geführt werden. Endlich beteuert der „Prz. Por.“, daß er niemals alle Deutschen in Polen für Feinde Polens erklärt habe, er habe nur diejenigen Deutschen für Feinde des Staates, welche — hier fällt der „Prz. Por.“ etwas aus der Rolle, da er ja eben erklärt hat, daß ihm der Standpunkt des „Pos. Tagebl.“ noch nicht klar sei — welche, so fährt er fort, nach dem Muster des „Pos. Tagebl.“ sich heute um die Revision des Versailler Vertrages bemühen und dadurch die Existenz des polnischen Staates untergraben.

Abgesehen von diesem letzten voreilig ausgesprochenen Vorwurf erkennen wir die Berechtigung der Ausführungen des „Prz. Por.“ und seiner Fragestellung an. Wir wollen darauf eine Antwort „ohne Hörner und Zähne“ geben.

Der Versailler Vertrag besteht bekanntlich aus 440 Artikeln, welche die verschiedensten Gebiete betreffen. An der Spitze steht als Huldigung für Präsident Wilson die Völkerbundsatzung. Es folgen die Bestimmungen über die neuen Grenzen Deutschlands, sodann politische Bestimmungen für Europa über die deutschen Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands, über die Land-, See- und Luftstraßen Deutschlands, über die internationalen Kontrollkommissionen, über Kriegsgefangene und Grabstätten. Es folgen Bestimmungen über die öffentliche Anklage Kaiser Wilhelm II. vor einem von den Alliierten gebildeten Gerichtshof — schon ein Punkt, in dem der Vertrag nicht ausgeführt wurde —, über die Bestrafung der Kriegsverbrecher, sodann über die Wiedergutmachungen oder Reparationen, finanzielle Bestimmungen, solche über die wirtschaftlichen Beziehungen, über die Luftschifffahrt, über Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen, über die Organisation der Arbeit, endlich über Sicherheiten für die Ausführung des Vertrages und zum Schluß noch „verschiedene Bestimmungen“.

Es ist eine geschichtliche Unmöglichkeit, daß ein solcher Friedensvertrag, der sich aus Tausenden von einzelnen Bestimmungen zusammensetzt, eine ewige Geltung hat. Ebenso wenig wie der Vertrag von Merseburg vom Jahre 870 heute noch gilt, durch den Elsaß und ganz Lothringen zu Deutschland kam, ebensowenig wie der Westfälische Friede (1648) oder die Bestimmungen des Wiener Kongresses (1815) ewig gegolten haben, ebensowenig wird der Versailler Vertrag bis ans Ende aller Tage gelten. Insbesondere müssen die Staaten, welche durch diesen Vertrag geschaffen sind, sich darüber klar sein, daß, wenn sie nicht durch eigene Kraft ihre Existenz behaupten, das Papier und die Tinte des Versailler Vertrages sie auch nicht für alle Ewigkeit sichern werden.

Etwas anderes ist es, diese theoretische geschichtliche Einsicht zu haben, etwas anderes, beruht auf die Änderung des Versailler Vertrages in seiner Gesamtheit hinzuarbeiten. Wenn nun das „Posener Tageblatt“ von einer solchen Änderung spricht, so hat es einen ganz bestimmten Teil der Bestimmungen des Versailler Vertrages im Auge, nämlich die Artikel 231 bis 247 über die Reparationen oder Wiedergutmachungen, von denen jetzt soviel die Rede ist. In Art. 231 wird Deutschland eine erzwungene Anerkennung in den Mund gelegt, daß es den Krieg den anderen Mächten aufzuerlegen habe. In Art. 232 muß Deutschland sich verpflichten, alle Schäden, welche der Zivilbevölkerung der feindlichen Länder im Kriege zugefügt sind,

Das Misstrauensvotum für Pilsudski abgelehnt.

Warschau, 26. Juli. Der Antrag auf Erteilung eines Misstrauensvotums an den Herrn Staatspräsidenten ist mit 205 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten sämtliche Mitglieder der Mitte-Rechts-Parteien, gegen ihn die Parteien der Linken, der Klub der Verfassungsfreunde, 11 Mitglieder des jüdischen Klubs, 6 Deutsche und der Abgeordnete Rauch, insgesamt 205 Stimmen, 6 Abgeordnete, darunter Korfanty und der Sejmarschall, gaben leere Karten ab.

Pressestimmen zum Antrag der Rechten und zur Krise.

Die „Gazeta Poranna“ schreibt: Der Staat ist nicht Privateigentum des Staatspräsidenten, er ist ein kostbares Gut aller Bürger des Landes. Wenn wir sehen, wie die Opposition einer wütenden Einzelgruppe, ein aufs höchste gesteigertes Ehrgeiz, der das Land in Anarchie führt, die rechtlichen Grundlagen des Staates untergraben, die Verfassung mit Füßen treten, dann dürfen wir nicht schweigen. Auch der Sejm darf nicht schweigen. Die „Gazeta Poranna“ schreibt: Was heute (also Mittwoch) im Sejm entschieden wird, werden Amerika und Europa erfahren, die den Verlauf des Konfliktes mit Interesse verfolgen. Ist Polen ein geordneter Staat oder ein Putschstaat? Bald werden wir erfahren, wenn im Sejm am meisten an der Respektierung des Rechts gelegen ist und für wen andere Rücksichten die größere Rolle spielen, die Polen den Ruf und das Ansehen als rechtlich regierter Staat nehmen. Der „Robotnik“: Der Antrag der Nationaldemokraten hat demonstrativen Charakter. Auf eine Mehrheit können sie nicht rechnen, da der Verfassungsklub sogar die mildere Form abgelehnt hat. Es geht ihnen darum, dem Staatspräsidenten den Krieg zu erklären. Eigentlich liegt darin nichts Neues. Die Nationaldemokraten führen den Krieg gegen den Staatspräsidenten schon seit Bestehen des Sejms.

Natürlich verfolgt das Ausland und besonders das mit Polen verbündete Frankreich den Verlauf der Krise mit großem

Interesse und lebhafter Aufmerksamkeit. „L'Action Française“ veröffentlicht einen Artikel unter dem Titel „Der Christismus in Polen“, in dem der Verfasser Jacques Bainville schreibt, daß er einen Brief von den Pariser Polen erhalten habe, der in einem so unparlamentarischen Tone gehalten ist, daß man ihn nicht zur Kenntnis geben könne. In Paris traf der „Egass“ vom 10. d. M., ein, in dem das Organ der Kräfte konservativen Charakters die Politik der französischen Politik angreift und die Räumung des linken Rheinufers fordert. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet über die Kundgebungen am Sonntag und schreibt, daß die gemäßigten Parteien, welche an der Kundgebung teilnahmen, fünf Sechstel der Warschauer Bevölkerung bildeten, die für Korfanty, für die nationalistischen Parteien und für die Geistlichkeit sind. Natürlich ist die Tatsache nicht außer acht zu lassen, daß die Mehrheit der Landbevölkerung für Pilsudski ist. Der Kampf in Polen wies sich ab zwischen den Reaktionsären und dem Fortschritt und geht außerdem darum, ob die Städte im Staate die Oberhand bekommen sollen.

Die letzten Tage des Sejm.

Warschau, 26. Juli. Der „Kurjer Informacyjny“ meldet in Verbindung mit dem gestrigen Antrag des Verfassungsausschusses, wonach die Sejmwahlen am 29. Oktober stattfinden sollen: Im Sejm herrscht die Überzeugung, daß die Freitagsitzung der Kammer wohl die letzte sein wird. In diesem Tage wird sich der Sejm auflösen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Kammer infolge vieler noch nicht erledigter Angelegenheiten in der nächsten Woche noch zwei weitere Sitzungen abhalten wird. Das würden dann aber auch unbedingt die letzten Sitzungen sein.

Die Wahlen zum schlesischen Sejm.

Warschau, 26. Juli. Der Ministerrat hat gestern den Gesetzentwurf der Wahlordnung zum schlesischen Sejm erörtert. Dieser Entwurf ist nach dem Muster der Wahlordnung im Warschauer Sejm vom schlesischen Wojewodschafsrat ausgearbeitet worden. Angesichts dessen, daß sowohl der Innenminister als auch der Justizminister zu diesem Entwurf eine Reihe von Verbesserungsanträgen gestellt haben, hat der Ministerrat anbefohlen, sie in kürzester Zeit zu erledigen. Die Wahlen zum schlesischen Sejm sollen in einer Frist von 80 Tagen vom Datum der Übernahme Oberschlesiens, d. h. vom 3. Juli gerechnet, stattfinden.

wiedergutmachen. Soweit deckt sich der Vertrag mit dem Inhalt der Note des amerikanischen Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918, dessen Versprechungen Deutschland zum Waffenstillstand veranlaßten. Einen Bruch der Versprechungen aber stellt der Zusatz dar: „sowie überhaupt alle Schäden, wie sie in der Anlage I näher bestimmt sind, in der Anlage I wird nämlich unter Nr. 5, 6, 7 auch der Ersatz aller Pensionen für die militärischen Opfer des Krieges, Erstattung der Regierungsauswendungen für die Familien der Kriegsgefangenen und der Mobilisierten verlangt. Diese Forderungen bedeuten einen Betrag von etwa 100 Millionen Goldmark. Am Anfang von Art. 232 wird anerkannt, daß die Hilfsmittel Deutschlands nicht ausreichen, um den Schadenersatz im ganzen Umfang seiner Verantwortlichkeit zu leisten. Eine bestimmte Ziffer für die Höhe der Forderungen wird nicht genannt. Anfangs wurden ganz fantastische Summen angekündigt. Am 5. Dezember kündigte ein französischer Minister im Parlament eine Entschädigung von 375 Milliarden an, Deutschland sollte 34 Jahre lang je 25 Milliarden zahlen, wovon Frankreich allein jährlich 13 750 Millionen erhalten sollte. Noch im November 1920 beschränkte ein anderer französischer Minister die Forderungen von Frankreich allein auf 218 Milliarden, wovon 77 für Pensionen und 144 für Schäden, und dabei hatten die französischen Statistiker vor dem Kriege den gesamten Geld- und Grundbesitz ihres Landes nicht höher als auf 250 Milliarden geschätzt. Und das durch den Krieg verwüstete Gebiet war doch nur ein kleiner Teil. Im Mai 1921 wurde in London die Höhe der Reparationen vorläufig „endgültig“ auf 132 Goldmilliarden festgesetzt. Jetzt erweist es sich durch den Niedergang der deutschen Valuta, daß auch dieser Ansatz zu hoch gegriffen ist.

Gegen diese Reparationen, speziell also gegen die Zahl: 132 Goldmilliarden, wenden wir uns und sind der Ansicht, daß es unbedingt notwendig ist, diese ungeheuerliche Belastung, welche Deutschland eine langjährige Sklaverei, Entwürdigung und Erniedrigung bringt, zu revidieren. Nicht umsonst erregt dies Problem alle Staatsmänner der Entente aufs äußerste. Es ist der Schlüssel des europäischen Labyrinthes, die lösende Formel für das verworrene Chaos von Zahlen und Zeichen, welches Europa darstellt.

Aus welchem Grunde wollen wir Deutschen in Polen nun die Reparationsbestimmungen revidiert sehen? Nicht nur aus Vorliebe für unser früheres Vaterland, aus Mitleid für die Leiden unserer Stammesbrüder im Nachbarstaat. Wenn uns nur diese Gefühle besaßen, würden wir nicht so laut unsere Stimmen erheben. Wir würden uns sagen, daß unser Wort einerseits zu bedeutungslos sei, um in den Ententeländern zu wirken, daß andererseits es unbegründet wäre, von Polen eine besondere Sympathie oder ein Eintreten für Deutschland zu erwarten. Aber dem ist nicht so. Die Reparationsfrage ist nicht eine rein deutsche Angelegenheit, sie ist in eminenter Weise eine europäische Sache, so sie ist die Kern-

frage, welche über das Schicksal Europas, ja sogar des Erdballs auf lange Zeit hinaus entscheidend ist. Wenn Frankreich seine Schynopolitik mit dem Motto „Gold oder Blut“ fortsetzt, wenn es weiter die Greuel der schwarzen und braunen Besatzungstruppen geschehen läßt, weiter die Pressehege und die diplomatischen Intrigen zur Zerkümmern Deutschlands betreibt, dann muß Deutschland zur Verzweiflung getrieben werden, welche vielleicht nicht sofort zum Ausbruch kommen wird, aber als tiefer Haß sich in den Deutschen einwurzeln wird. Durch die neuesten Bestimmungen der Garantiekommision wird Deutschland völliger Verarmung preisgegeben. Daß die Last wirtschaftlich überhaupt nicht zu ertragen ist, das zeigt schon der rapide Fall der Mark. Europa geht angesichts dieser Tatsachen unfehlbar und ohne den Schatten eines Zweifels einem schweren, sehr schweren Jahrhundert entgegen. Ganz Europa wird in gleicher Weise geschädigt werden, wenn der Brand von neuem ausbricht. Es dürfte vielleicht nicht ganz wirksamlos bleiben, wenn Frankreichs osteuropäische Verbündeten, voran Polen, einen Einfluß auszuüben suchten, um Frankreich auf die Bahn einer maßvollen und persönlichen Politik zu verweisen.

Also das ist es, was wir gegen den Versailler Vertrag haben, was unser europäisches Gewissen uns zu sagen zwingt. Geringer liegt es uns ganz fern und beruht auf einem Mißverständnis, wenn uns unterstellt wird, wir wollten die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages, speziell mit Rücksicht auf Polen, rückgängig machen. In diesem Punkte stehen wir auf dem Standpunkt der 14 Punkte des Präsidenten Wilson, von denen leider der Vertrag von Versailles in anderen Sachen vielsach so stark abgewichen ist, und halten es mit Punkt 13: Es soll ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der alle von ungewisserhaft polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen soll um. Es liegt uns auch fern, an den Worten „von einer ungewissenhaft polnischen Bevölkerung“ zu preßeln und zu deuteln und darüber Untersuchungen anzustellen, auf welche Gebiete dies im einzelnen im Jahre 1918 zugefallen haben mag. Eine Agitation, welche die Losreißung des preussischen Teilgebiets von Polen und seine Wiedervereinigung mit Preußen erstrebt, wird niemals an uns einen Verbündeten finden. Auch etwaigen Autonomiebestrebungen, wie sie für Polen einmal Korfanty anstrebt, stehen wir verständnislos und ablehnend gegenüber. Wenn die Lebenskraft des polnischen Staates hinreicht, um ihm eine dauernde Existenz zu sichern, so würden wir dies für einen großen Gewinn für Europa halten. Eine große Gefahr für Europa und somit auch für den polnischen Staat, der angesichts der inneren Parteikämpfe ganz besonders der Ruhe bedarf, bedeutet aber die scharfe Reparationspolitik Frankreichs. Darum bekämpfen wir diese und sind für

ein Herabsetzen der Reparationen auf ein erträgliches Maß. Die gleichen Bestrebungen verfolgt auch der größte Teil der englischen Politiker.

Somit dürfte die Frage des „Przegląd Por.“ beantwortet und sein Zweifel behoben sein. Wir Deutschen in Polen treiben europäische Politik und im Zusammenhang damit auch polnische, und zwar eine für Polen zuträglichere als die der blinden Nationalisten. Die Zeiten der Vereinzelung sind vorüber, die Verknüpfung der einzelnen Staaten Europas und der Welt ist sehr viel enger und vielseitiger geworden, als jemals vorher. Polen darf keine rein polnische Politik treiben, es muß europäische Politik treiben. Wir leugnen nicht, daß Minister Skirmunt dazu einen guten Anlauf genommen hatte. In demselben Sinne wollen auch wir wirken.

Der Sieg der Vernunft im Sejm.

Sitzung vom 26. Juli.

Die gestrige Sejmung erweckte ein ungeheures Interesse. Schon vom frühen Morgen an herrschte in Warschau eine große Spannung. Schon einige Stunden vor der Sitzung drängten sich die Massen in das Sejmgebäude. Die Sejmung, die Eintrittskarten vorausgabte, wurde förmlich belagert. Die Sitzung begann um 4½ Uhr und hatte einen sehr stürmischen Verlauf. Gleich zu Beginn der Sitzung wurde auf Antrag des Abg. Federowicz die Tagesordnung etwas geändert und die Frage der Selbstverwaltung der Wojewodschaften mit gemischter Bevölkerung behandelt. Dann ging man zu dem Dringlichkeitsantrag über, der ein Mißtrauensvotum für den Staatspräsidenten beantragte.

Abg. Glubinski vom Nat. Volksverband: (Großer Tumult auf der Linken, Zurufe: Es lebe Pilsudski! Brausender Beifall.) Die Dringlichkeit unseres Antrages bedarf keiner allzulangen Begründung. Seit zwei Monaten befindet sich unser Land im Stadium einer Regierungskrise, und was daraus folgt, einer politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Krise. Das Land und das uns gewogene Ausland sind über diesen Stand der Dinge beunruhigt und fragen, welches denn eigentlich die Ursachen dafür sind. Mit tiefem Bedauern stelle ich fest, daß die verfassungswidrige Haltung des Staatspräsidenten... (Tumult auf der Linken. Zurufe: Lüge!) Vor zwei Monaten hat der Staatspräsident den Rücktritt des Kabinetts Bonikowski verweigert. Er begründete es damit, daß dieses Kabinett nicht genügend Autorität habe, obwohl niemand in der Kammer eine Krise anstrebte. Nach dem Rücktritt dieses Kabinetts hat der Staatspräsident die Krise hingezogen, wobei er immer neue Zweifel vorbrachte. Nicht minder hat der Staatspräsident, als auf der Grundlage der kleinen Verfassung der Abg. Korsantch vom Hauptausschuß zum Ministerpräsidenten designiert wurde, erklärt, daß er nichts gegen seine Person habe, sondern gegen das System, d. h. gegen den Beschluß vom 16. Juni bezüglich der Designierung durch den Hauptausschuß. Der Staatspräsident hat sich entschlossen, seine Nomination nicht zu unterzeichnen. (Die Abgeordneten erheben sich. Zurufe: Es lebe Pilsudski!) Damit widerlegte er sich dem Sejm und stand außerhalb des Rechts. Wir haben bestimmt, daß wir eine Republik sind. Pflicht eines jeden ist es, das Recht zu achten. Der Staatspräsident ist der erste Bürger, und seine Pflicht ist es, ein Vorbild für die andern zu sein. Der Staatspräsident ist gegen den Sejm beschluß aufgetreten. Wir können zu ihm kein Vertrauen haben. (Brausende Brutorufe auf der Rechten.)

Dann spricht der Abg. Witos im Namen der Polnischen Volkspartei, der Sozialisten, der Nationalen Arbeiterpartei, der Linken der Polnischen Volkspartei und der Volksräte: Als der Verfassungsgebende Sejm Josef Pilsudski die Funktionen eines Staatspräsidenten übergab, sagte er ihm im Eingang zum ersten Verfassungsbeschluß des polnischen Staates seinen Dank für seine unter großen Schwierigkeiten im Dienste des Vaterlandes vollbrachte Arbeit. Auf diese Weise war der einmütige Sejmbeschluß der Ausdruck der Anerkennung und der Dankbarkeit für den Kämpfer um die Freiheit der Nation. (Zurufe links: Es lebe Pilsudski! Nieder mit Korsantch!) Die Abgeordneten der Linken erheben sich.) Seit dieser Zeit sind dreieinhalb Jahre weiterer Arbeit des Staatspräsidenten, die er unter den schwierigsten Bedingungen verrichtete und die zur Beendigung des Krieges und zur Normierung der Verhältnisse sowohl nach außen als auch im Innern geführt hat, verfloßen. Der von der Nationalen Volksvereinigung, den Christlich-Demokraten, der National-Christlichen Volkspartei eingebrachte Antrag ist die Krönung des schimpflichen Selbstzuges, der gegen den Staatspräsidenten von gewissen Parteien und die nicht davon zurückzudenken... (Der Marschall: Es ist unsittlich, gegenüber den Parteien solche Ausdrücke zu gebrauchen. Großer Tumult auf der Linken), sprechen vor seiner Verleumdung und nicht vor Beleidigungen zurück, die sie auf den

Staatspräsidenten häufen. In diesem Antrag, der gegen den Präsidenten des befreiten Polens gerichtet ist, sehen wir das traurige Zeichen anarchistischer Bestrebungen, die den Staat aus seinen Fugen bringen können. Wir müssen unser tiefes Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß mit diesem Antrag, der sich auf falsche Grundlagen stützt, in seinem Vertreter der Staat selbst beschimpft wird. Durch die Herabsetzung der Autorität des Staatspräsidenten wird das Ansehen der Obrigkeit überhaupt gegenüber den eigenen Staatsbürgern und dann gegenüber dem Auslande herabgesetzt. Aus diesen Rücksichten erklären wir uns kategorisch gegen den Antrag. (Abg. Dubanowicz: Es lebe die Demokratie!)

Für die Dringlichkeit des Antrages erklärte sich die ganze Kammer. Man ging nun zur meritorischen Behandlung des Antrages über. Das Wort ergriß der Abg. Dubanowicz, der jedoch infolge des Tumults auf der Linken nicht zu verstehen war. Ein ungeheurer Lärm auf der Linken wurde dadurch hervorgerufen, daß irgendjemand von der Galerie Stinkbomben auf die Abgeordneten Odon und Wojcik warf. Die darüber entrüsteten Abgeordneten der Linken stürzten zur Marschalltribüne und riefen: Wir wissen, wen man dort herein gelassen hat! Die Rechte der Nationaldemokraten! Inzwischen sprach der Abg. Dubanowicz weiter.

Abg. Rutkiewicz trat zur Tribüne, protestierte gegen die weitere Rede des Abg. Dubanowicz und nahm dem Stenographen den Bleistift weg. Der Marschall unterbrach die Sitzung auf zehn Minuten und ordnete die Räumung der Galerien an.

Abg. Dubanowicz belohnt weiter, daß dieser Antrag für die gemäßigten Parteien eine große Notwendigkeit darstelle, die ihre Begründung nur in der unüberlegbaren Überzeugung finden kann, daß das rechtmäßige Staatsleben ohne Wechsel auf diesem Posten unmöglich geworden ist. Ich war nicht anwesend bei der Festsetzung der sogenannten kleinen Verfassung. Der Sejm hatte damals noch zwei Auswege vor sich: Die Funktionen des Staatspräsidenten auf Zivilfragen zu beschränken und ihn zu einem Faktor zu gestalten, der dem Sejm gegenüber nicht verantwortlich ist, aber ihm trotzdem den Charakter des Obersten Feldherrn zu belassen, und ihn ebenfalls von der parlamentarischen Verantwortlichkeit zu befreien. Dies wäre ein klassisch autoritärer Organismus, der dem mittelalterlichen Absolutismus gleichkäme, aber wir hätten dann keine rechtliche Grundlage zu einem solchen Antrag wie heute. (Insin!) Einen mittelalterlichen Absolutismus gab es gar nicht. Das Zeitalter des Absolutismus beginnt im 17. Jahrhundert. Die Rechte. Dem klaren Wortlaut des Gesetzes stellte der Staatspräsident Zweifel entgegen, und mit dem Beschluß vom 16. Juni hätte der Sejm die Bedeutung der sogenannten kleinen Verfassung. Der Sejm ging weiter und wandte sich an den Staatspräsidenten um Initiative bezüglich der Bildung des Kabinetts. Der Staatspräsident vollzog die Bildung des Skowiaski-Kabinetts, welches jedoch das Vertrauen des Sejm nicht erhalten konnte. Der Staatspräsident nahm dem Lande die Bonikowski-Regierung aus, die heute noch niemandem bekannt ist. Er führte die Bildung der Skowiaski-Regierung herbei, die durch ein Mißtrauensvotum belastet war, und stellte sich vollkommen dem Willen der Mehrheit entgegen, die in jedem rechtlich regierten Staate entscheidet und die auf dem Wege des Rechts Wojciech Korsantch designierte. Die Parteien der Mehrheit taten dies nicht unüberlegt; keine Drohung, denn man warnte schon Drohungen an, werden diese Mehrheit erschüttern. Wir werden bis zum Ende auf dem rechtlichen Wege auszuhalten.

Abg. Boniatowski: Ich habe es nicht nötig, den Argumenten des Antragstellers neue Argumente entgegenzustellen. Es geht um die Demokratie gewisser Heucheleien und nicht um Bekämpfung von Argumenten, die ohne guten Willen hervorgehoben wurden. Ich bin der Ansicht, daß niemand von Ihnen, meine Herren, die Rechtmäßigkeit des Schrittes des Staatspräsidenten in Frage stellen wird. Es sind gewisse Anzeichen dafür vorhanden: Entrüstung wird simuliert, im Grunde der Sache dagegen anerkennt man den Standpunkt des Staatspräsidenten. Jeder der Herren weiß, daß der Staatspräsident die Regierung im Einverständnis mit dem Sejm beruft und das Recht hat, gegen eine aufgestellte Kandidatur Einspruch zu erheben. Nicht ohne Interesse ist die Frage, von wem und warum der Sejm gegen den Staatspräsidenten geführt wird! Statt eines konservativen Lagers haben wir in Polen nachgeborene Kinder der Anarchie! Eine Gruppe von Personen, die den Kampf um die Unabhängigkeit kündete, und der Führer dieser Gruppe sind Gegenstand ihres Hasses. Für sie ist alles, was seit dem 8. August zur Erringung der Unabhängigkeit geschah, strafbar. Ihr Brandmarkt diese Bestrebungen, indem Ihr auf den Gedanken eines angeblichen Zusammengehens mit den Zentralmächten anspielt. Es ist dies nur Heuchelei, weil Ihr zugleich einen Mann an die Spitze stellen wollt, der an der Versöhnungspolitik mit den Deutschen teilnahm und seine Tätigkeit einem Nationalisten zur Verfügung stellte. Im Namen meiner Partei gebe ich folgende Erklärung ab: Das gesamte polnische Volk sieht in Josef Pilsudski, dem ersten Staatspräsidenten, unsern wiedererstandenen Reiches, das Symbol eines

siegreichen Kampfes um die Unabhängigkeit, die Verkörperung bürgerlicher Tugenden, welche der größten Opfer fähig ist. Die ganze Welt sieht in ihm den Vertreter des unabhängigen Polens, der mit größter Mühe seiner selbständigen Existenz Dauer verleiht. Für die Seinen und für die Fremden wurde Pilsudski in den ersten Jahren des Bestehens Polens der Faktor, welcher für eine weitgehende normale Entwicklung der Staatsformen Bürgschaft gab. Das heute von der Nationaldemokratie niedergelegte Mißtrauensvotum für Josef Pilsudski ist deshalb, abgesehen von den in ihm enthaltenen Fälschungen, ein brutaler Versuch, im Reiche Verwirrung durch Erweiterung der Krise auf die Person des Staatspräsidenten zu stiften. Dieser vom schlechten Willen befallene, jeden Verantwortlichkeitsgefühls beraubte Versuch eines Aufschlags auf die rechtlich-staatliche Ordnung zwingen uns, Abscheu vor dieser Art des Kampfes auszudrücken und begründen, daß wir die in dem Antrage enthaltenen Fälschungen ablehnen. Wenn wir an der Erklärung, die heute im Namen der demokratischen Parteien abgegeben wurde, nicht teilnahmen, so täten wir dies einzig und allein aus formellen Gründen. Unsere Erklärung bewegt sich völlig auf der Linie der gesamten Demokratie Polens. Ich beantrage zugleich, namentliche Abstimmung über den Antrag der Rechten.

Abg. Thon (Zukünftige Vereinigung): In dem Antrag der Rechten sehen wir einen der Demokratie feindlich gesinnten Akt und einen Akt persönlichen Hasses. Wir stehen vor einem Versuch, der fähig wäre, die Grundlagen des Staates zu erschüttern und sprechen uns deswegen gegen den Antrag aus.

Auf Antrag des Abg. Debski wurde mit 208 gegen 166 Stimmen Schluß der Aussprache beschloffen. Darauf wurde in die namentliche Abstimmung über den Antrag der Rechten eingetreten. Der Antrag wurde mit 205 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Hierbei waren 4 weiße Zettel vorhanden. Die Linke begrüßte dieses Ergebnis der Abstimmung mit einem ungeheuren Beifallssturm und den Rufen: Es lebe Josef Pilsudski! Man begann das Lied zu singen: „Gloria, Ihr Herrn Magnaten“. Der Marschall unterbrach darauf die Sitzung für 10 Minuten.

Nach der Unterbrechung wurde ein Antrag über die Vertagung der weiteren Beratung für heute gestellt. Da dieser Antrag die Mehrheit erhielt, wurde die Sitzung für heute auf 4 Uhr nachmittags vertagt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: die Abstimmung über die Wahlordnung und die Angelegenheit der Geschäftsordnung der Nationalversammlung.

Die Selbstverwaltung Ostgaliziens im Sejm.

Dem Marschall ging ein Dringlichkeitsantrag des Klubs der Verfassungsarbeit zu, der die Selbstverwaltung der Wojewodschaften mit gemischter Bevölkerung anbezieht und der die Regierung auffordert, unverzüglich vor Beendigung der Arbeiten des gegenwärtigen Sejms einen Gesetzentwurf über die Selbstverwaltung in diesen Wojewodschaften vorzulegen. Zur Begründung dieses Antrages wurde folgendes ausgeführt: Die nationalen Verhältnisse in den Wojewodschaften des östlichen Kleinpolens geben ausländischen Faktoren unberechtigte Vorwände, sich nicht angeschlossen, der nichtpolnischen Bevölkerung zugefügten Verwundlichkeiten und vor allem der russischen Bevölkerung zu befehlen. Der hohe Sejm beabsichtigt schon seit langem, sich mit der Regelung der Verhältnisse im Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten in diesen Wojewodschaften zu befassen, die Regierung hat jedoch bisher noch keinen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Die Überweisung einer so wichtigen Angelegenheit an den künftigen Sejm dürfte nicht erfolgen, und darum bringen die Abgeordneten des Klubs der Verfassungsarbeit diesen Antrag ein.

Die neuen Wahlkreise.

Das ehemals preussische Teilgebiet ist für die kommenden Sejmahlen in folgende Wahlbezirke eingeteilt worden: Bezirk 29: Dirschau, Stargard, Rewe, Werent, Marienburg, Neustadt und Ruzig (5 Mandate); Bezirk 30: Graudenz, Schwiech, Tuchel, Romig, Zempelburg (4 Mandate); Bezirk 31: Thorn, Kulm, Briesen, Strasburg, Wobau, Soltau (5 Mandate); Bezirk 32: Bromberg, Gnesen, Glogow, Schubin, Birsich, Strelno, Znin (6 Mandate); Bezirk 33: Gnesen, Mogilno, Schroda, Witkowo, Wronowicz, Dobrosik (5 Mandate); Bezirk 34: Posen-Stadt (4 Mandate); Bezirk 35: Posen-Ost, Posen-West, Schrimm, Kofien, Rissa, Rawitsch (4 Mandate); Bezirk 36: Samter, Garmiszau, Kolmar, Birnbaum, Neutomischel, Grätz, Wollstein, Schmiedel (5 Mandate); Bezirk 37: Ostrowo, Adelnau, Schildberg, Kempen, Wleschen, Jaroschin, Protoschin, Kofchin, Goltyn (6 Mandate); Bezirk 38: Königsbrunn, Schwienichowicz, Lublink, Tarnowicz (5 Mandate); Bezirk 39: Kattoowik und Ruda (5 Mandate); Bezirk 40: Leschen, Bielsk, Pleß, Nibnisk, Ratibor (7 Mandate). Die Verteilung der Mandate zu den Bezirksparlamenten ist für den Posener, Pommereller und schlesischen Bezirk folgende: 7, 8 und 4 Mandate.

Die Erben von Sentenberg.

Kriminal-Roman von Erich Ebenstein.

Amerikanisches Copyright 1918 by Greiner u. Co., Berlin W. 30.

(58. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt.)

Vielleicht hatte jene Unselige den Schmutz von ihrer Abreise verkauft? Aber warum? Sie hatte ja Geldmittel in Ueberfluß mitgebracht.

Alle die Summen, die seine Liebe ihr gegeben, hatte sie, wie sich nachher herausgestellt, vor ihrer Flucht behoben. Und sie selbst liebte gerade diese Ohrringe besonders.

Warum also — ?

Sentenberg wurde in seinen Gedanken gestört durch etwas, das plötzlich unbeweglich mitten auf einem Wege aufgesperrt stand.

Er hob den Kopf und prallte beinahe erschrocken zurück. Eine Lichtgestalt, die wie ein Sonnenstrahl inmitten des Düstern ringsum wirkte, stand plötzlich vor ihm und blickte ihn aus strahlenden Blauaugen ernst und aufmerksam an.

„Wer sind Sie? Warum sehen Sie mich so an?“ fragte er unwillkürlich weniger schroff, als er sonst zu sprechen pflegte.

„Weil ich sehen möchte, ob Sie wirklich so ein schrecklicher Mensch sind, wie man — wie ich glaubte?“ antwortete Lisa, ohne eine Spur von Furcht.

Dann lachte sie — süß, hell und unschuldig wie ein Kind — „nein, Sie sind es nicht! Sie tun nur so! Ihre Augen sind göttlich —“

Sentenberg hatte sich gesagt. Der ganze Widerwillen gegen fremde Personen drückte sich in seinem Gesicht aus. Daneben eine Art Empörung über die Dreistigkeit, mit der man seine Einsamkeit zu stören gewagt hatte.

„Ich habe Sie gefragt, wer Sie sind!“ sagte er nun doppelt scharf.

„Nun — die Lisa Lauterbeck, Ihre zukünftige Nichte,“ antwortete sie unbefangen, denn sie hatte sich fest vorgenommen: Banaemachen gilt nicht!

„So?! Und wer hat Ihnen erlaubt, Ihre Spaziergänge bis hierher auszuweiten?“

„Ich mir selbst. Es ist ein bißchen koch, ich sehe es ein, aber da Sie nun einmal so halsstarrig sind, mich nicht empfangen zu wollen, und Prosper doch nun einmal mein Bräutigam ist, — so blieb mir eben nichts anderes übrig.“

„Was wollen Sie denn eigentlich von mir?“

„Erstens Sie fragen — was Sie gegen mich haben, Onkel Joachim?“

„Onkel — ?“ Sentenberg war starr über diese Vertraulichkeit Lisa. Sie merkte es und lächelte ihn holdselig an.

„Gott — in sechs Wochen sind wir es doch wirklich, ob Sie nun wollen oder nicht. Also, was habe ich Ihnen getan, daß —“

„Gar nichts, mein Fräulein. Mein Benehmen gilt durchaus nicht Ihrer Person, sondern...“

„Ach so! Also wirklich dem ganzen Geschlecht? Aber das ist abhässlich von Ihnen, Onkel Joachim. Wenn Sie paar eilige Frauen im Leben getroffen haben, so können doch wir anderen nicht dafür! Wir — das heißt, ich — will ja auch gar nichts anderes, als daß ich Sie lieb haben darf! Warum sollen wir denn wie Hund und Kaze leben? Da wir doch Nachbarn bleiben und verwandt sind? Seien Sie doch lieb und gut — — — bitte, haben Sie mich nur ein ganz wenig lieb — um Prosper willen!“ Sie hatte trotzig begonnen und sehr innig geendet.

Waren es, die blauen Kinderaugen, die so heiß bittend zu ihm aussahen oder die weiche Stimme, in der es wie verhaltene Tränen klang — genug Sentenberg fand diesmal keine schroffe Antwort.

Wunderlich verwirrt starrte er auf das rosige Mädchen an.

Schlummerte auch hinter dieser reinen, blumigen, Elfenhaft eine Zukunft von Schmutz, Jammer und Lüge? War auch sie bestimmt, zu betrügen und unglücklich zu machen? Ein tiefer Seufzer hob seine Brust, ohne daß er es wußte.

Aber Lisa hatte ihn gehört, und es erschütterte sie tiefer, als die brutalsten Worte gekannt hätten. Dunkel ahnte ihr Frauen-

instinkt, daß da eine arme, einsame Seele unter Schmerzen stöhnte, daß es weder Haß noch Laune war, was diesen alten Mann gegen die Menschen ausgebracht hatte, sondern nur der Jammer irgendeines traurigen Schicksals, den er stolz hinter Kälte verbarg.

Sie mußte plötzlich weinen.

Und in ihrer hilflosen Verlegenheit warf sie sich wie ein Kind an des alten Mannes Brust und schluchzte unaufhörlich: „Haben Sie mich doch lieb! Haben Sie mich doch lieb! Wir wollen doch gar nichts anderes von Ihnen als das — nur das! Haben Sie Prosper und mich doch lieb!“

Sentenberg, kaum weniger verlegen als sie, streichelte bestürzt ihr Haar.

„Kind,“ murmelte er, „wie sprechen Sie zu mir! Weinen Sie doch nicht so — es tut mir weh —“

Aber Lisa schluchzte weiter.

„Wenn Sie auch unglücklich sind — wir können doch nicht dafür!“

Er schwieg und starrte stumm auf sie nieder. Sein Herz war jäh verfloren.

Dazwischen fühlte er ein seltsames Wohlbehagen seine Brust durchrieseln.

So lange hatte niemand nach seiner Liebe gefragt. So lange hat keine heiße, zitternde Frauenhand seinen Nacken umklammert. So lange war nichts um ihn gewesen, als Einsamkeit und Kälte und Scheu vor seinem schroffen Wesen.

Ihm war wie dem Manne im Märchen, dessen Herz von drei eisernen Reifen zusammengepreßt war, und der nun fühlt wie einer wenigstens klirrend zersprang.

Dann raffte er sich zusammen.

„Lisa,“ sagte er so freundlich, wie nie ihn jemand hatte sprechen hören, nimm Dich zusammen! Wir wollen nicht töricht sein. Ich tat Dir unrecht — gut, aber ich bitte es Dir nun ab. Sage das Prosper. Und auch, daß ich mich künftighin freuen werde, wenn Ihr beide mich zuweilen ein Stündchen an Eurem Glück teilnehmen laßt.“

Lisa schielte unter Tränen empor.

(Fortsetzung folgt.)

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 22. Juli. Die am 15. d. Mts. in Warschau eingeleiteten Verhandlungen betrafen verschiedenes Einleitungsmaterial, welches vor Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen erledigt werden mußte. Am 20. d. Mts. unterzeichnete der Bevollmächtigte der polnischen Regierung, Herr Dłuski, gemeinsam mit dem Bevollmächtigten der deutschen Regierung, v. Stockhausen, ein Protokoll, welches das völlige Einverständnis beider Parteien feststellt. Dieses Protokoll betrifft drei grundsätzliche Angelegenheiten, und zwar: 1. gewisse Anordnungen, die sofort von den Regierungen getroffen werden sollen; 2. Aufstellung eines Verzeichnisses der Objekte, die Gegenstand von Handelsbeziehungen sein werden; 3. Festlegung der Geschäftsordnung für die Verhandlungen. Über den Punkt 1 gab der deutsche Bevollmächtigte eine Erklärung ab, in der er folgendes anführte: Die deutsche Regierung wird sofort Anordnungen dahin treffen, daß die Einfuhr des auswärtigen Handels Erlaubnis zur Ausfuhr deutscher Waren nach Polen gemäß denjenigen Regeln, wie sie gegenüber anderen Staaten angewendet werden, treffen. Die Preise für diese Waren werden nach denselben Grundätzen berechnet, die gegenüber anderen Staaten mit niedrigeren Werten angewendet werden. Auf diese Weise würde die sogenannte Blockade des ökonomischen Boykotts aufgehoben.

Weiter legte der deutsche Bevollmächtigte eine Erklärung nieder, welche besagt, daß die deutsche Regierung ohne Verzögerung den am 2. Juni 1922 in Wiesbaden geschlossenen Vertrag, nach dem sich Deutschland verpflichtet, Polen 35 000 Pferde zu liefern, erfüllen wird. In den letzten Tagen fand eine gewisse Unterbrechung in der Durchführung des Vertrages statt, welche die deutsche Regierung damit begründete, daß eine gewisse Zahl von Pferden zurückgehalten wurde, welche die Ökonomen aus Polen zu transportieren beabsichtigten, was ihnen aber nicht gestattet wurde.

Andererseits erklärte der Bevollmächtigte der polnischen Regierung, daß der in Bromberg am 2. November 1920 geschlossene Vertrag, welcher die Flussschiffe betrifft, von der polnischen Regierung durchgeführt werden wird. Außerdem sprach der polnische Bevollmächtigte im Namen der polnischen Regierung seine Bereitwilligkeit aus, zugunsten Deutschlands den Warentransport nach England und der Ukraine zu gestatten. Die Delegierten beider Parteien werden zu Anfang der Verhandlungen die näheren Bedingungen des Durchgangsverkehrs mit Berücksichtigung des Nigac-Vertrages und der Sicherheit in sanitärer und veterinärer Hinsicht festsetzen. Das von beiden Bevollmächtigten bestätigte Verhandlungsprogramm umfaßt folgende Angelegenheiten: I. Durchführung der Konvention, die am 9. Januar 1920 in Paris unterzeichnet wurde, und zwar: 1. Verrechnung über die möglichen Einnahmen im ehem. preussischen Teilgebiet unter dem Datum des 1. Oktober 1919; 2. Rückgabe der von den Gemeinden und Kreisen für die Familien der Mobilisierten ausgegebenen Summen; 3. Anteil Deutschlands an den Zivil- und Militärpensionen, die auf die Bewohner des ehem. preussischen Teilgebiets entfallen; 4. Garantie Deutschlands gegenüber den sogenannten Kriegsnoten. II. Angelegenheiten, die in der in Paris am 9. Januar 1920 unterzeichneten Erklärung angeführt sind, und zwar: 1. Rückgabe der Kirchenfonds und der Klosterfonds des ehem. preussischen Teilgebiets; 2. Rückgabe der Archive, Kunstwerke und des Lehrmaterials, welches aus dem ehem. preussischen Teilgebiet stammt; 3. Angelegenheiten der von der polnischen Regierung geschlossenen Kontrakte, die sich auf dieses Teilgebiet beziehen. III. Angelegenheiten, die das Staatsbürgerrecht betreffen: 1. Regelung der Guthaben, die durch Grundbesitzhypotheken des ehem. preussischen Teilgebiets zugunsten der deutschen Banken, Kreditgesellschaften und Privatpersonen (deutscher Staatsbürger) gesichert sind, die Angelegenheiten der von den Gemeinden herausgegebenen Obligationen, weiter die Angelegenheiten der Summen, welche juristischen Personen und Privatpersonen polnischer Nationalität von deutschen Staatsbürgern zustehen und umgekehrt; 2. Auszahlung der Gebühren für die Gemeindebezüge des ehem. preussischen Teilgebiets während des Krieges; 3. Auszahlung der den Arbeitern zustehenden Summen durch Deutschland; in Betracht kommen polnische Staatsbürger, die in Deutschland während der Okkupation arbeiteten; 4. Erledigung von Grenzverfällen; 5. Regelung der Summen, die polnischen Bürgern von deutschen Versicherungskassen aus den Polken zustehen; 6. Teilung des Vermögens juristischer Personen, deren Tätigkeitsgebiet infolge Festlegung der neuen Grenzlinie durchschnitten wurde; 7. Regelung des Gerichtswesens; 8. die Methode der Anwendung des Art. 297 des Versailler Vertrages; 9. Liquidierung des Grenzvertrages, der in Berlin am 22. Oktober 1919 geschlossen wurde; 10. Gegenseitige Rückzahlung der Summen, welche für Armenfürsorge ausgegeben wurden; 11. Angelegenheiten der von beiden Staaten ausgewiesenen Personen; 12. der nachbarliche Eisenbahnverkehr; 13. der Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr; 14. der kleine Grenzverkehr; 15. der wirtschaftliche Verkehr; 16. Erledigung anderer Angelegenheiten, die während der Verhandlungen erzwungen werden könnten, insofern beide Bevollmächtigte sich gemeinsam darüber verständigen. Nach der Geschäftsordnung, die von den Bevollmächtigten angenommen wurde, werden sechs Ausschüsse zur Regelung der oben angeführten Angelegenheiten gebildet, und zwar: ein Verrechnungsausschuß für die Kriegsnoten, ein Archivenausschuß, ein Rechnungsausschuß, ein Guthabenausschuß, ein Wirtschaftsausschuß und ein Verkehrsausschuß. Der Ort der Verhandlungen wird von den Bevollmächtigten festgesetzt.

Republik Polen.

Dr. Stesłowicz lehnt ab. Dr. Stesłowicz übersandte den Warschauer Zeitungen einen Brief, in dem er erklärte, daß er kategorisch die Annahme des Ministerpräsidentenpostens ablehne.

Von der gemischten Kommission. Der Außenminister Rutowicz konferierte mit dem russischen Gesandten Dolewski, mit dem er während einer längeren Aussprache eine Reihe von Angelegenheiten erörterte, die mit der Tätigkeit der gemischten polnisch-russischen Kommission zusammenhängen.

Ernennungen. Nach dem „Kurjer Polski“ soll der polnische Gesandte in Moskau, Herr Stefanski, in Kürze seinen Posten verlassen. Als Nachfolger wird der Chef der östlichen Abteilung im Außenministerium, Herr Rafalski, genannt. Infolge des Rücktritts des Herrn Rafalski und der Verzichtleistung des Herrn Behrensohn auf den polnischen Gesandtenposten in Charkow soll dieser Posten bei der Regierung der Sowjetunion von Dr. Ludwig Kolankowski, dem ehemaligen Vertreter des Generalkonsuls für die Verwaltung der östlichen Gebiete ernannt werden.

Politische Tagesneuigkeiten.

Ermaubung Dschamal Paschas. Gestern Abend wurde der vorübergehend in Tiflis anwesende Dschamal Pascha mit seinen beiden Adjutanten augenscheinlich von armenischen Terroristen auf der Straße erschossen.

Amerikanische Anleihe für Jugoslawien. Die amerikanische 100-Millionen-Anleihe, die in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit aufs heftigste angegriffen worden war, ist nach lebhafter Debatte, wie teilweise in Zukunft ausartete, in der Senatsschmiede mit den Stimmen der Regierungsparteien, die trotz des Abzuges einiger Abgeordneter eine große Mehrheit darstellten, angenommen worden. Der Finanzminister betonte noch einmal, daß die Anleihe in erster Linie dem Ausbau des Verkehrsnetzes dienen solle. Allgemein werden jedoch die Bedingungen für schwer gehalten, wobei die Politik auf das vage Projekt einer Währungsreform hinweist und befreit, daß die Anleihe, die ja in Investitionen aufgehen, den Kurs des Dinars heben könne.

Der bayerische Konflikt mit dem Reich.

Erklärung des Grafen Verchenfeld und Vertrauensvotum des Landtags.

München, 25. Juli. (Tel.-An.) Bei stark besuchtem Hause und überfüllten Tribünen gab heute nachmittags in Anwesenheit des Gesamtministeriums Ministerpräsident Graf Verchenfeld im Landtag die angekündigte Erklärung ab. Die bayerische Regierung sei von Anfang an gewillt gewesen, dem Reich zu geben, was zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Staatsform notwendig ist. Leider sei aber die Politik der mittleren Linie in Berlin nicht eingehalten worden. Bayern habe alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft, um die Entwürfe ihres einseitigen Charakters zu entfernen. Es sei mit seinen Zugeständnissen bis an die äußerste Grenze gegangen. Die bayerische Regierung habe leider bei den anderen Ländern nicht die notwendige Unterstützung gefunden. Die bayerische Regierung erkläre in dem Eingriff in ihre Justiz- und Polizeiherrschaft eine Vergewaltigung Bayerns, die mit dem Sinne der Reichsverfassung in Widerspruch steht und gegen die sie auf das entschiedenste protestiere. Die verweigerte Zustimmung weiterer Kreise des bayerischen Volkes sei auf die Verhinderung zurückzuführen, daß die bayerische Staatlichkeit nicht um Stille verloren gehe und Bayern zur Provinz herabgedrückt werden wird. Die trostlose Lage des Reiches hätte die Reichsregierung veranlassen müssen, sich die Zusammenfassung aller Kräfte zur Aufgabe zu machen und alles zu vermeiden, was Zwiespalt erzeugt. Insofern trifft sie schwere Verantwortung. Der Ministerpräsident warnte die Sozialdemokraten davor, die Pflichten aufzuerlegen und bemerkte, daß die Parole: „Bayern im Reich und Bayern für das Reich“ nach wie vor gelte. Alle Vorurteile einer bayerischen Abkehr von der Reichstreue seien unbegründet. Der Ministerpräsident ersuchte schließlich um eine Entscheidung des Hauses, ob es gewillt sei, die Regierung zu unterstützen.

München, 25. Juli. (Tel.-An.) Mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei, der Bayerischen Mittelpartei und des Bayerischen Bauernbundes wurde in der heutigen Sitzung des Landtages der Regierung das Vertrauensvotum ausgesprochen.

Beurteilung in Berlin.

Berlin, 25. Juli. (Tel.-An.) Die Lage im Konflikt zwischen Bayern und dem Reich wird in Berlin nach Bekanntwerden des Verlaufes der heutigen Sitzung des bayerischen Landtages noch wie vor als äußerst ernst betrachtet. Man hatte zwar nach den letzten Nachrichten schon damit gerechnet, daß das Ergebnis der Abstimmung kaum anders ausfallen konnte. Immerhin bildet die Befestigung des Schrittes der bayerischen Regierung durch die Bayerische Volkspartei doch eine wesentliche Verstärkung der Lage. Das Reichskabinett hat nach der Sitzung am heutigen Mittag neuerdings noch nicht wieder zu der Lage Stellung genommen. Die nächste Kabinettsitzung ist erst für morgen nachmittags angesetzt. Zu ihr werden auch die heute noch nicht anwesenden Reichsminister Dr. Gehler und Dr. Köster zurück erwartet. Dr. Gehler befand sich bis heute in Bayern, so daß auf seinen Bericht besonders Wert gelegt wird, nachdem schon Reichs-erziehungsminister Dr. Fehr über seine Münchener Eindrücke berichtet hatte.

Die Krise in Italien.

Die Mission Bonomis gescheitert.

Rom, 26. Juli. Der Versuch Bonomis, ein neues Kabinett zu bilden, ist gescheitert, da eine der vier demokratischen Gruppen, auf die die Mehrheit dieses neuen Kabinetts gestützt war, d. h. die Sozialdemokraten, im letzten Augenblick Bonomi ihre Unterstützung versagt haben.

Sowjetrußland.

Die Sowjets und die Nachbarstaaten.

Moskau, 26. Juli. Der Vertreter der Sowjetregierung Zurem hat in einer Unterredung mit dem Mitarbeiter der bolschewistischen Telegraphen-Agentur, Moskita, erklärt, daß sich die nachbarlichen Beziehungen zwischen Rußland und Lettland andauernd verschlechtern, woran in erster Linie die lettische Presse die Schuld tragen soll. Rußland beabsichtigt, gegenüber Lettland augenblicklich energischer aufzutreten und vor allen Dingen den Transitverkehr für die baltischen Staaten zu beschränken. Nur die Staaten, die eine lokale Haltung einnehmen, sollen von den Sowjets berücksichtigt werden. Angesichts der Ablehnung der Ratifizierung des russisch-schwedischen Vertrages durch das schwedische Parlament sollen sich auch die Beziehungen zwischen Rußland und Schweden abgekühlt haben. Der russische Hauptauswärtiger für die Erteilung von Konzessionen hat schwedischen Finanzleuten gegenüber die Bildung einer schwedisch-russischen Bank abgelehnt.

Lenins Stellvertreter auf der Reise nach Berlin.

Riga, 26. Juli. (Tel.-An.) Vor einigen Tagen ist hier, aus Moskau kommend, Zarupa eingetroffen, der zeitweise der Stellvertreter Lenins war, um demnächst nach Berlin weiterzureisen und dort für die Erweiterung und Realisierung des deutsch-russischen Vertrages weitere Verhandlungen zu führen.

Drohender Sieg der Ultrakommunisten.

Riga, 27. Juli. Nach deutschen Meldungen soll in Sowjetrußland zwischen Dzierzinski, der von der Tscheka unterstützt wird, und Trotski, hinter dem die Budarin-Gruppe steht, ein Kampf um die Macht stattfinden. Die Gruppe von Dzierzinski soll bei weitem stärker sein als die von Trotski. Falls sie die Oberhand bekommen sollte, wäre der schreckliche Terror nicht nur gegenüber der Intelligenz, sondern auch gegenüber den Kommunisten, welche Anhänger der neuen Wirtschaftspolitik sind, zu erwarten.

Ein Ultimatum des Emirs von Afghanistan an die Bolschewisten.

Moskau, 27. Juli. Die Nachricht über die Niederdrückung des durch Emir Pascha in Mittelasien hervorgerufenen Aufstandes hat sich nach einer Pat-Meldung als verfrüht erwiesen. Die Aufständischen kämpfen weiter gegen die bolschewistischen Truppen, denen es nur gelungen ist, größere Ortschaften längs der Eisenbahnlinie zwischen Taschkent und Krasnowodsk zu besetzen. Der Emir von Afghanistan, der noch bis vor kurzem eine freundschaftliche Politik gegenüber den Sowjets getrieben hat, hat gegenwärtig der Sowjetregierung ein Ultimatum gestellt, in dem er die Herausgabe eines Teils des russischen Turkestan fordert. Falls das Ultimatum abgelehnt werden sollte, droht er mit einer Kriegserklärung. Im Kaukasus, besonders im Bezirk Batum, haben die Aufständischen einen großen Sieg errungen und die Bolschewisten in der Richtung Trapezunt und Ardwin in die Flucht geschlagen.

Die falsche Zarenfamilie.

Moskau, 26. Juli. Vor dem Revolutionstribunal von Penza kam ein Prozeß gegen drei Angeklagte namens Claudia Polikarpowa, Sofia Prudentowa und Klimowa zur Verhandlung, die sich als Zarin, Thronfolgerin und Zarentochter ausgeben hatten. Die Angeklagten hatten sich unter dieser Vorspiegelung in das Irpenskloster bei Penza begeben, angeblich, um dort Schutz vor der Verfolgung durch die Sowjetbehörden zu suchen. Das Tribunal verurteilte die Polikarpowa und den Prudentow zum Tode, die Klimowa und die Abtissin des Klosters sowie andere Mitwisser zu langjährigem Gefängnis.

fängnisstrafen. — Nach einer Reuter-Meldung aus Moskau beabsichtigt die Sowjetregierung, die im Kreml aufbewahrten Reliquien der Zarenfamilie zu verkaufen. Ihr Wert wird auf 700 Millionen Goldrubel geschätzt.

Deutsches Reich.

** Graf Brockdorff russischer Gesandter. Wie die Tel.-An. erfährt, steht die Ernennung des Grafen Brockdorff zum Botschafter in Moskau in den nächsten Tagen bevor.

** Sitzung der Deutschnationalen. Wie das „Berliner Tageblatt“ von parlamentarischer Seite hört, fand gestern Abend im Reichstag eine Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion statt, in der die Spaltungsercheinungen innerhalb der Fraktion und in der Partei zur Sprache gebracht wurden. Die Beratung brachte nicht die gewünschte Klärung zwischen dem deutschnationalen Flügel und der nichtextremen antimilitaristischen Minderheit. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

** Diplomatisches Festessen in Berlin. Am Dienstag Mittag fand beim Staatssekretär von Haniel ein Festessen zu Ehren der aus dem Ausland in Berlin eingetroffenen deutschen Botschafter Wiedtfeld (Vereinigte Staaten) und Solf (Japan) statt. Der Reichsminister Dr. Wirth, Staatssekretär Simson, Reichsfinanzminister Dr. Gerner, Ministerialdirektor von Malbahn und eine Anzahl ausländischer Diplomaten, darunter auch Tschischewin und Litwinow, waren bei dem Essen zugegen.

** Ein Vertrauensmann Morgans in Berlin. Direktor Schütte von der Morgan-Bank, der zu den Verhandlungen des Garantiekomitees nach Berlin entsandt war, ist, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, während seines Berliner Aufenthalts auch mit der deutschen Großfinanz und Großindustrie in Fühlung getreten.

Sport und Jagd.

E. G. „Rafas“ — „Barta“. Am Sonnabend, dem 29. d. Mts., findet das erste Wettspiel mit einer ungarischen Mannschaft hier in Posen statt.

„Rafas“ nimmt in der Meisterschaftstabelle von Ungarn zwar erst die siebente Stelle ein, aber der ungarische Fußballsport steht auf einem außerordentlich hohen Niveau und gehört zu den besten auf dem Kontinent. „Barta“ wird dem Gegner aller Wahrscheinlichkeit nach mit folgender Mannschaft gegenüberstehen: Torwächter: Kaczmarek; Verteidigung: Celser (links), Oljczewski (rechts); Stürmerreihe: Spojda, Kojicki, Janicki (von links nach rechts genommen); Stürmerreihe: Dabert, Einbacher, Stachurski, Prymka, Nizinski (ebenfalls von links nach rechts). Das wäre noch nicht die stärkste Mannschaft, die „Barta“ aufstellen könnte. Was die Stürmerreihe betrifft, so ist der linke Flügel schwach. Besser wäre entschieden Schy. Der rechte Flügel dagegen ist spielstark. Unsere Grünen werden sich erst an die temperamentvolle Spielweise der Ungarn gewöhnen müssen. Einbacher allerdings hat ja schon die Gelegenheit gehabt, gegen eine ungarische Mannschaft zu spielen, und zwar ist es bei dem vorjährigen Länderwettkampf Polen-Ungarn gewesen, in dem er ebenfalls als Halbkürer fungierte. Auf ihn werden denn auch die meisten Hoffnungen gesetzt, und nicht mit Unrecht. Besonders gefährdet sind seine zuweilen unheimlich scharfen Schüsse. Stachurski ist wegen seiner überraschenden Durchbrüche gefährlich. Kojicki ist das Rückgrat der Mannschaft.

Bei den Gegnern sollen sechs Repräsentativspieler an dem Spiele teilnehmen. Das erste Spiel findet am Sonnabend um 6 Uhr nachmittags auf dem „Barta“-Platz (Endstation der Straßenbahnlinie 2) statt, das Rückspiel am Sonntag um 5 Uhr nachmittags.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	26. Juli	27. Juli
4proz. Bräm.-Staatsanl. (Mijko)	140 + A	—
Bank Centralny	—	300 + A
Bank Przemyslowcow (exl. Kup.)	200 + A	200 + A
Polst. Bank Handlowy, Bydgosz.	—	315 + N
Pozn. Bank Glemian I.—IV. Em.	—	190 + A
Arcona	350 +	—
N. Karolowski	185 + A	185 + N
Grovar Protoslawski	—	1250 + N
G. Giegelski I.—VIII. Em.	210 + N	200—210 + N
Centrala Polniskow I.—V. Em.	175 +	175 + N
Centrala Stör	—	280 +
G. Hartwig	190 +	—
Gurtownia Progerjina	—	145 + N
Gesfeld-Viktoria	375 + A	375 + N
Juno	—	360 + A
Dr. Roman Mar.	890 + A	890 + N
Bapiernia, Bydgosz	210 + N	—
Patra	—	500 +
Carmania I.—II. Em.	445—450 +	—
Eloma	—	250 + A
Bank I. Em.	580—575 + A	—
Witbornia Chemiczna III. Em.	—	170 +
Jedn. Browary Grogzkie	—	210 +
Auszahlung Berlin 1162½—60. Umsatz: 4 870 000 dtch. Mark.		
Frang. Franks 490.		
A. = Angebot, N. = Nachfrage, + = Umsatz.		

Berliner Börsenbericht

nom 26. Juli.	27. Juli.
Diskonto-Komm.-Anleihe	389. —
Danziger Priv.-Aktienbank	334. —
Östbank	208.25
Hartmann Masch.-Aktien	770. —
Wohnz.	1430. —
Schudert	785. —
Hayag	445. —
2½proz. Pol. Pfandbriefe	25. —
Auszahlung Warschau	8.65
Polnische Noten	8.60
Auszahlung Holland	19.975
London	2295. —
Newport	514. —
Paris	4275. —
Schweiz	9755. —
Rochmann-Stärke	1645. —
Ungarische Goldrente	700. —

= Danziger Börse vom 27. Juli. Polnische Mark 8.40 Dollar 514.

Verantwortlich: für Politik und Handel: A. W. Theodor Rania; für Lokal- und Provinzialzeitung, Kunst und Wissenschaft: A. W. Dr. Martin Weiser. Für den Anzeigenenteil: W. Sirovski. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., künstlich in Bydgosz.

Neu-Bestellungen

auf das

„Posener Tageblatt“

für die Monate August - September

werden von allen Postanstalten, unseren Agenturen, sowie in der Geschäftsstelle ul. Zwierzyniecka 6 entgegengenommen.

Auch darf jeder Monat einzeln bestellt werden.

Ausschneiden

Rückseite ausfüllen!

Statt besonderer Anzeige.

Heute, am 22. Juli, entschlief in Kiel nach langem, schwerem Leiden unsere geliebte Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Frau Emma Beyme,

geb. Sander,

im 81. Lebensjahre, nach einem Leben voll unendlicher Liebe und Aufopferung für die Ihrigen.

Minna Wehber, geb. Beyme,
Ernst v. Beyme,
Heinrich v. Beyme,
Gustav v. Beyme,
Emmy v. Stechow, geb. Beyme,
Franz Beyme,
Wilhelm Beyme,
Fritz v. Beyme,

Heinrich Wehber,
Tilly v. Beyme, geb. Böbeder,
Georgie v. Beyme, geb. v. Löfede,
Anna v. Beyme, geb. Forstmann,
Archibald v. Stechow, Oberstlt. a. D.,
Augustina Beyme, geb. Folk,
Anita Beyme, geb. Bandli,
Mia v. Beyme, geb. Dahl,

und 27 Enkel und 9 Urentel.

Kiel, den 22. Juli 1922.

Die Trauerfeier fand in Kiel, Moltkestr. 82, am Dienstag, dem 25. Juli, vormittags 11 Uhr statt.

Beisetzung auf dem Kirchhof zu Gattorf den 25. Juli, nachm. 2 45 Uhr.

Klavierstimmungen

rein, H. Rep., a. n. auswärts übernimmt (8171)
Max Warschewski,
geprüf. Klavierstimmer,
Wilsa, Traugutta 8.

Photogr. Atelier

„beim Schloss“
(S. W. Marcin 37).
Moderne Porträts
für Legitimationen.
Auf eilige Photographien
kann gewartet werden.

Jg. geb. Mädchen

sucht anständige
nette Freundin.
Angebote um. 8234 an die
Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Möbeltagen

werden prompt u. ge-
wissenhaft ausgeführt.
Komme auch nach außerhalb.

Robert Konukiewicz,
ulica Poznańska 46/48.

Suche eine anständige leere 3-Zimmer- Wohnung

mit Badeeinrichtung in
Poznań. Gefl. Offerten mit
Preisangabe um. 8224 an die
Geschäftsstelle d. Blattes erb.
Bermittlung erwünscht.

Möbl. Zimmer

von solidem Herrn gesucht.
Offerten um. 8232 an d. Ge-
schäftsstelle d. Blattes erbeten.

Poln. Briefmarken

kauft zu höchsten Preisen
Albr. Köhler, Stuttgart,
Mehstr. 26.



Vom 24. bis 30. VII.
das herrlichste
Sensationsdrama
der Saison.

Das Spiel ums Leben

die zweite u. letzte Serie a. d. Cykl.:
Die Rache der Diana Wernon.
Vorstellungen 4 1/2, 6 1/2, letzte um 8 1/2 Uhr.
Während des Umbaus finden unsere
Vorstellungen im Kino Colosseum statt.

Fischereiverpachtung.

Im Wege des schrift-
lichen Angebots soll der
über 300 Morgen groß, vom 1. August d. Js. ab auf drei
Jahre bis 31. Juli 1925
an den Meistbietenden
werden. Schriftliche Angebote sind bis 1. August einzu-
reichen an die

von Willig'sche Güterverwaltung, Gorzów,
powiat Międzybóże (Birnbaum).

Meine Fabrikate:

Starke Breitbrechmaschinen
mit Automobillagern, größte Leistung, leicht-
ster Gang, reinster Druck.

Kräftige Trommel-Säckel-
maschinen
in gebogener Ausführung, Messer aus bestem
Stahl geschmiedet.

Getreidereinigungs-
maschinen u. Windfegen
in hochvollendeter Ausführung.

kaufen Sie bei mir für billigste Preise.
Lager aller Maschinen u. Ackergeräte.
Reparaturen schnell und billig.

Maschinenfabrik und Eisengießerei
K. Wiele, Chodzież, früher
Kolmar.

8100]

„Tygodnik dostaw“ na II. Targach Wschodnich

5.—15. IX. 1922.
(Wochenschrift der Lieferungen
auf d. II. Ostmesse 5.—15. IX. 1922.)

Tygodnik dostaw wird für die
II. Ostmesse 3 umfangreiche
Nummern erscheinen lassen. Die
Nummern werden während der
Dauer der Messe auf dem Aus-
stellungsplatze u. allen öffentlichen
Lokalen kostenl. verbreitet werden.

Anzeigen für diese Nummern werden
bis zum 15. August d. Js. angenommen.

8100]

Antike

erster Klasse sofort zu verkaufen.

Liniewicz,
ul. Rom. Szymańskiego 10, pr. rechts.

Harder'sche

Kartoffel-
Ausgraber

Kartoffel-
Rüben-
Gabeln

offertiert 8146

Woldemar Günter

Landwirtschaftl. Maschinen u. Bedarfsartikel,
Felle und Oele,
Poznań, ulica Sew. Mielzyńskiego Nr. 6 (früher
Victoriastraße.) — Telephon 52-25.

Hiermit erfülle ich die traurige Pflicht, allen Freunden und Be-
sammten mitteilen zu müssen, daß unser lieber Vater und Großvater

Herr Emil Mikulla

am Sonntag, dem 23. Juli in Breslau nach kurzem Krankenlager
im Alter von 79 Jahren sanft entschlafen ist.

Ein Leben reich an Mühe und Arbeit ruhet nun aus.

Im Namen der tieftraurigen Hinterbliebenen:

Arthur Mikulla,

8231]

jetzt Berlin O. 34, Wilhelm Stölze-Straße 1 III.

Maschinen-
Motoren-
Zylinder- u. n.
Maschinen-
Wagen-
Geißlager-
Klingerit-
Abbeß-
Gummi-
Wasserstands-
Reflexions-
Wagen.

Oele

Fette

Platten

Gläser

Ramelhaar-
Baumwoll-
Ganz-

Hoch- und
Niederdruck-

Summi-
Ganz-
Spiral-

Treibriemen

Packungen

Schläuche

Draht-Seile

Tropfölaparate, Stauffbuchsen, Pakwolle usw.
offertieren 12099 b

Sander & Brathuhn

Poznań, ulica Seweryna Mielzyńskiego 23 (Bauhütte).
Telephon 4019.

Gebr. Selbstbinder (Doering),
Heuwender (Stabil),

sehr gut erhalten, verkauft billigst
Beichert, Piattowo b. Winiary (Poznań Wschód). 8195

Membr. Baupumpe

mit 10.- m. 3" i. l. 23.
Gummispiralschlauch,
zirla 43,5 m lang, zirla 110
Pfund schwer, 4,5 cm Kart.,
3" Lastwagen
von Eichenholz,
2 cm starke Reifen.

Alles gut erhalten, preiswert zu verkaufen.
Offerten um. 8218 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Kaufe
ein
massives Haus

in einer Bezirksstadt der Provinz Posen in bester Stadtlage,
in gutem u. ansehnlichem Zustande. Ausführliche gefl. Offerten
unter genauer Beschreibung und gütigster Preisangabe erbitte an

Latinek, Poznań, Krasińskiego 1 II.
Bermittlung erwünscht. 8223

Versteigerung.

Am Sonnabend, d. 29. Juli,
vormittags 11 Uhr,
werden in Piattowo (früher
Schönherrenhausen) folgende
Sachen wegen Fortzuges frei-
händig verkauft:

1 Pferd, 1 Kuh,
2 Schweine, Hühner,
1 Getreidemäher,
1 Brechschmaschine,
1 Säckelmaschine,
1 Drillmaschine,
3 Ackerwagen u. sämml.
Ackergeräte und versch.
andere Sachen.

Der Besitzer
Heinrich Schumann.

Am Sonnabend, dem 22. Juli starb nach
kurzem, schwerem Leiden in Breslau,
wohin er unlängst übersiedelte, unser Ehren-
mitglied, der

penionierte Lokomotivführer

Herr Emil Mikulla

im Alter von 78 Jahren.

Bis in sein hohes Alter hinein war er
ein eifriger Förderer unseres Sportes, und
wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Radsfahrer-Verein Poznań.

8225

Zeitungs-Bestellzettel f. Postabonnement.

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate August-September 1922
durch die Post zum Preise von M. 440.— monatlich
zugänglich Zustellgebühr.

Es darf auch jeder Monat einzeln bestellt werden.

Name

Wohnort

Straße

Frühkartoffeln

Lupinen, gelbe und blaue, sowie
sämtl. Alessaaten, auch alte, kaufen

Polaczek i Lisiewski

Saaten- und Kartoffel-Großhandlung

Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6.

Telegr.-Adr.: Polaczek Lisiewski. Telephon 1650, 5320. (881)

Kirchliche Parallelen.

Vor dem Weltkrieg hatte Deutschostafrika blühende Missionskirchen. Durch die Hände deutscher evangelischer und katholischer Missionare war in der Kolonie eine Saat ausgestreut worden, die ihre Frucht nicht schuldig geblieben war. Da kam der Krieg, und trotz der Kongoakte wurde er von den Entente-mächten auch über das Meer getragen. Letztendlich wurde die deutsche Ostafrika unter ungleiches Schicksal in die Kolonien nicht für Deutschland reiten. Während des Krieges wurden die Missionsstationen von Deutschlands Feinden größtenteils zerstört, die deutschen katholischen und evangelischen Missionare in der Nähe von Kairo hinter Stachelbrühl gesteckt und endlich bei Friedensschluß nach jahrelanger Haft nach Deutschland abgeschoben. Deutschostafrika wurde zwischen den Siegern aufgeteilt. Aber was wird nun aus den Missionsgemeinden? Die Religion und auch ihre Ausbreitung ist etwas übernatürliches und Unpolitisches. So galt es früher als Grundgesetz, und so war es gewisse Hoffnung, daß die deutschen Sendboten heider Bekenntnisse nach Beendigung der Feindseligkeiten zu ihren Gemeinden zurückkehren dürften. Doch diese Hoffnung trug, der alte Grundgesetz sollte nicht mehr gelten. Kein deutscher Fuß mehr auf ostafrikanischem Boden! Die Versorgung der schwarzen Gemeinden sollten englische und andere Missionen übernehmen. Warum auch nicht? Kann es dem lieben Gotte und den afrikanischen Seelen nicht ganz gleichgültig sein, ob die Missionare Deutsche oder Engländer, Franzosen oder Belgier sind? Wird der englische Reverend und der französische Vater ihnen nicht denselben Dienst leisten, den vorher der deutsche Missionar evangelischen oder katholischen Bekenntnisses geleistet hat? Man sollte so annehmen. Aber es war doch anders. Erstlich waren die Missionsgesellschaften der Ententeländer gar nicht imstande, so weite Gebiete zu übernehmen und, wo sie sie übernahmen, fehlte ihnen der Schlüssel zum Herzen. Die Eingeborenenengemeinden versagten sich. Eine innere Aneignung kam nicht zustande. Wie ist das zu erklären? Pflegen, und wenn es die besten und hingebendsten sind, ergeben einem Rasse niemals diejenigen, die ihm das Leben gegeben haben. Zwischen einer Mutterkirche und ihrer Tochter bestehen innere Beziehungen, die, mit staatlicher Politik unvereinbar, weder durch Friedendiktate und Machtprüche noch durch Schlagbäume und Zollgrenzen aufgehoben werden können. Diese Erkenntnis trägt jetzt im kirchlichen England. Den ersten augenfälligen Beweis dafür bietet die Tatsache, daß Großbritannien sich vor kurzem bewogen gefühlt hat, das Syrische Weisenhaus in Jerusalem, eine großartige evangelische Missionsanstalt deutscher Herkunft, seinem in Köln am Rhein domizilierenden Vorstande wieder zu übertragen, trotzdem Palästina englisches Hoheitsgebiet ist. Das ist nur der erste Fall. Die Angaben dafür, daß der Brite von seinem Mißtrauen gegen die Loyalität der deutschen Missionare zurückkommt, mehren sich. Das läßt auch für Ostafrika und die dazugehörigen von Deutschen gegründeten Missionskirchen hoffen.

Die evangelische Kirche in der ehemaligen Provinz Posen ist durch die Entwicklung der Verhältnisse nach dem Kriege — ebenso wie die Gemeinden der deutschen Katholiken — in Not gekommen. Die evangelischen Gemeinden sind durch Abwanderung ihrer Glieder, namentlich in den Städten, an Seelenzahl und Steuerkraft arg geschwächt. Eine ziemliche Anzahl der Geistlichen ist abgewandert, die Gemeinden sind hirtelos geworden, die Pfarrhäuser stehen leer, manche Geistliche werden zur Abwanderung noch gezwungen werden, weil ihre Gemeinden nicht mehr imstande sind, das zu ihrem Unterhalt Nötige aufzubringen. An manche Pfarrhäuser fließt schon die harte Not. Auf die wirtschaftliche Lage hingehend muß man sich beinahe darüber wundern, daß die Zahl der abgewanderten Pfarrer nicht schon größer ist. Man wird dieses zähe Aushalten am Platze als ein Zeichen von dem guten Geist betrachten dürfen, der in der evangelischen Pastoralenschaft des Posener Landes lebt.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der ehemaligen Posener Provinzialkirche im neuen Polen sind nicht ihre einzigen. Sie hat noch andere. Zwischen Preußen und dem Freistaat Polen ist eine Landesgrenze gezogen. Muß diese Grenzlinie unbedingt auch eine Scheidelinie für den kirchlichen Zusammenhang sein? Muß und darf der Freistaat, dem wir Posener nunmehr angehören, von den evangelischen Gemeinden der einstigen Provinz Posen eine restlose Scheidung von dem Mutterlande der Reformation verlangen, eine Verleugnung ihres inneren Zusammenhanges mit der Kirche der Union? Oder sollte nicht auch bei unserer Staatsregierung sich allgemach die Einsicht anbahnen, die, wie wir oben sagten, jetzt in England auf dem Marische ist? Sollte man sich hier noch länger der Erkenntnis verschließen wollen, daß ein deutschstämmiger Prediger auf der Kanzel einer evangelischen Kirche keine Politik treibt, am wenigsten eine solche, die dem Staate, unter dessen Schutze er lebt, abträglich ist?

Das Beispiel Ostafrikas verdient bei uns in Polen noch unter einem anderen Gesichtspunkte Beachtung. Was wurde aus den

ostafrikanischen Seidenchristengemeinden, als ihre deutschen Missionare „abwandern“ mußten? Wie halfen sie sich?

Der letzte deutsche Missionar Gleiß von der Betheler Mission ist vor ein paar Monaten erst aus Ostafrika in die deutsche Heimat zurückgekehrt; er hat das Konzentrationslager bei Kairo nicht kennen gelernt. Als sein Missionsfeld von den Engländern besetzt wurde, war seine Frau schwer krank und transportunfähig. Da ließ der Engländer den Mann als Pfleger bei seiner Frau, bis sie starb. Aber eigene missionarische Betätigung unter den Seiden und Seidenchristen war ihm streng untersagt. Das war schwer für ihn. Er sah den Niedergang des geistlichen Lebens. Sollen die schwarzen Gemeinden zugrunde gehen? Kirchen und Schulhäuser verfallen? Keine Läufe, keine Trauung, keine Abendmahlsfeiern, keine kirchlichen Begräbnisse mehr stattfinden? Gleiß kannte unter den eingeborenen Lehrern des Landes einige tüchtige Männer, im Schulunterricht und in ihrer ganzen christlichen Haltung wohlgeprobt. Die berief er zu sich zusammen und stellte ihnen vor: Übernehmt Ihr die verwaisten Pfarrstellen! Keiner wollte. „Laß uns Lehrer bleiben, zur Führung eines Pfarramtes taugen wir nicht.“ Heimlich verabredeten sie, bei Nacht und Nebel auszuweichen. Aber dann schien ihnen das ungehörig. Sie versuchten es anders. Auf Verabredung wollten sie mit Gleiß einen Streit über eine nebensächliche liturgische Frage vom Zaune brechen, dies in dem Erwarten, von dem Missionar für rebellisch und darum für untüchtig zum Pfarramt erkannt zu werden. Aber Gleiß ließ sich auf keinen Streit ein. Da schlug ihnen das Gewissen: „Muß es denn sein, so muß es sein!“ Sie übernahmen das Pfarramt und warten nun sehnlichst auf Ablösung aus Deutschland. Es war für die treuen Männer ein schweres Opfer, das sie brachten, aber sie fühlten die Größe ihrer Verantwortung für die Erhaltung der Gemeinden und wollten das ihnen entgegengebrachte Vertrauen nicht schuldig bleiben.

In den evangelischen Gemeinden des Posener Landes ist Mangel an Geistlichen und Lehrern entstanden. Der Lehrermangel sucht die staatliche Schulverwaltung mit anerkannten, wertem Eifer durch Ausbildung von Hilfslehrkräften abzuheben. Der Not der hirtelosen Kirchengemeinden sieht der Staat mit beschränkter Armen zu. Das Posener Land hat schon früher niemals seinen Bedarf an theologischen Nachwuchs gedeckt. Nach der Abwanderung kann es das erst recht nicht. Und junge Theologen aus dem Mutterlande der Reformation werden in Polen nicht zu lassen. Was ist zu tun? Es gilt, Opfer zu bringen von der Art derjenigen der schwarzen Lehrer in Ostafrika. Es ist kein leichtes Ding, unter den Verhältnissen, wie sie sind, Pastor zu sein, aber in dieser Zeit sollte jeder evangelische Jüngling, der auf einem Posener Gymnasium das Reifezeugnis erwirbt, sich ernstlich prüfen, ob er das Opfer nicht bringen sollte, den Theologienberuf zu wählen. Und dann? Daß nur jeder evangelische Pfarrer hier so lange aushält als er nur irgend kann, und daß nur die Gemeinden in Stadt und Land alle wirtschaftlichen Kräfte anspannen, um den Pastoren, die sie noch haben, das Verbleiben im Lande zu ermöglichen. Am Opfer liegt alles.

Die Wirtschaftspolitik des Memelgebietes.

Das Wirtschaftsleben des Memelgebietes beruht auf Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Handel. Gemäß dieser natürlichen Produktionsgrundlagen beschäftigt sich die heimische Industrie fast ausschließlich mit der Verarbeitung land- und forstwirtschaftlicher Produkte. Die außerordentlich günstige Lage an der See, dem Fluß und dem Fluß macht Memel speziell für Holz zu einem bevorzugten Fabrikations- und Hafenplatz. Zurzeit befinden sich in Memel 24 Sägewerke, 2 große Rundholzschäl- und Sperrplattenfabriken, 3 Hobelwerke, eine große Zellulosefabrik, eine Chemische Fabrik zur Herstellung von Düngemitteln, eine Schiffswerft und kleinere Maschinenfabriken, mehrere Mühlen, Brauereien, Eisfabriken, Ziegeleien und Torfstreuwerke. Die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter beträgt 18 000 bis 20 000.

Am 30. November 1921 erfolgte durch die wirtschaftlichen Körperschaften in Memel die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft für den Freistaat Memel“, die eine Unterschriftenammlung aller Wahlberechtigten des Memelgebietes veranstaltete, die sich für den Freistaat erklärten und die mit einem Ergebnis von 54 420 Unterschriften von 56 000 Wahlberechtigten für den Freistaatgebeten schloß. Von den Argumenten für den Freistaat seien hervorgehoben: Die gesamte memelländische Industrie hat nur zum geringsten Teil Rohstoffe aus dem eigenen Gebiet verarbeitet, sondern war und ist auf den Bezug aus dem Hinterland angewiesen.

Wie erwähnt, ist der Hauptartikel Memels das Holz auf welches von insgesamt 25 Mill. Doppelzentner Einfuhrmenge rund 1,1 Mill. DZ. entfallen, d. i. mehr als 40 Proz. der Einfuhrmenge und etwa 10 Proz. des Einfuhrwertes. Von der Gesamtausfuhr von 1,988 Mill. DZ. mit Werte von 507,6 Mill. M. entfallen auf Holz 1,461 Mill. DZ. im Werte von 225,6 Mill. M., d. i. der Menge nach 72,5 Proz. der Gesamtausfuhr, dem Wertanteil nach 44,44 Proz. Demgegenüber beträgt der Wertanteil der gesamten

Ausfuhr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nur 20,38 Proz. Seinen Ursprungsgebieten nach kommt das Holz zu 20 Proz. aus dem Gebiet Minsk (jetzt Sowjetrußland), zu 20 Proz. aus dem Gebiet Scharaunsk (jetzt Polen), zu 20 Proz. aus dem Gebiet Grodno (Polen), zu 20 Proz. aus Litauen, zu 20 Proz. aus dem Wilnagebiet (noch strittig) und zu 5 Proz. aus Lettland. Aus diesen Importziffern ist zu ersehen, daß weder Polen allein als Lieferant in Frage kommt, noch Litauen in der Lage ist, auch nur annähernd den Bedarf der Industrie zu decken. Die bei einer anderen als der Freistaatlösung zwischen den Randstaaten und Polen unvermeidlich sich verschärfenden Streitigkeiten wären nach Ansicht der wirtschaftlichen Körperschaften geeignet, Industrie und Handel des Gebiets ganz empfindlich zu schädigen.

Neben der Rohstofffrage sind vor allem Absatz- und Zollfragen bestimmend für die Forderung nach dem Freistaat, der seine Vermittlerrolle zwischen den Rohstoff liefernden osteuropäischen und den Fertigfabrikate einführenden westeuropäischen Staaten nicht durch Vereinigung mit einem der Randstaaten einbüßen möchte. Das freihändlerisch orientierte Memelgebiet steht in schroffem Gegensatz zu den durch Einfuhrschwierigkeiten und Ausfuhrverbote schutzpolizeireichenden Randstaaten. Zudem erhebt Litauen sehr hohe Einfuhrzölle — 20 bis 25 Proz. auf Textilwaren und Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs — und dazu innere Abgaben; der memelländische Handel hat hingegen bisher nur 1,5 Proz. zu tragen. Auf Grund all dieser Wirtschaftstatistiken glaubt das Memelgebiet nur an seine Existenzmöglichkeit und das Fortbestehen seiner guten Hafenanlage, wenn ihm als selbständigem Freistaat gestattet wird, ausnahmslos mit allen Nachbarn freundschaftliche Handelsbeziehungen zu pflegen durch Abschluß von Handelsverträgen.

Am 27. März d. Js. begannen in Berlin Verhandlungen mit Vertretern des Memelgebietes. Der daraus hervorgegangene Entwurf zu einem Handelsabkommen wurde bisher noch von keinem der Vertragsparteien unterzeichnet, da die memelländische Delegation vom französischen Oberkommissar nur zur Erörterung und Vorbereitung des Vertrages bevollmächtigt gewesen sei. Da nicht abzusehen ist, wann die Regelung der Angelegenheit erfolgt, werden von nun an hinsichtlich der Ausfuhr deutscher Waren nach Memel die Bestimmungen der Außenhandelsstelle wie bisher in Kraft zu bleiben gegenüber in Anwendung gebracht, was den wirtschaftlichen Interessen des Memellandes jedoch entgegenläuft, das die Unterzeichnung und Ratifizierung des Abkommens dringend wünscht.

Für den Verkehr mit Lettland traten durch die Lösung des Streits zwischen Lettland und Litauen um das Gebiet von Polangen und an der Sventa zugunsten Litauens große Handelserschwernisse ein, nachdem nunmehr zwischen Lettland und Memel eine Zollgrenze nicht mehr besteht, vielmehr ein schmaler litauischer Streifen sich zwischen beide Gebiete bis zur Ostsee einschneidet.

Nach völlig ergebnislosen Verhandlungen zwischen Litauen und Memel in Romo bereits Anfang 1920 sind in diesem Jahre die beiderseitigen Vertreter zusammengekommen, um erneut die Möglichkeit einer Zollunion zu prüfen, die bisher bei der Verschiedenartigkeit der memelländischen und der litauischen Zollgesetzgebung noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnte. Vor allem konnte die hochschutzzöllnerische Politik Litauens die Möglichkeit des im wesentlichen auf Freihandel eingestellten Memelgebiets nicht finden; eine Verständigung über die inneren Abgaben scheiterte bisher gleichfalls.

Mit Polen wurde Anfang April in Warschau auf Grund der Weistatbestimmung ein Handelsabkommen erzielt.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 27. Juli.

Genauere Ausfüllung der städtischen Wählerverzeichnisse.

Der Magistrat versandte an die Hauseigentümer bzw. an die Hausverwalter Formulare für die Verzeichnisse der Wähler. Die Bürgerpflicht hat voll und ganz die Befreiungen des Magistrats zwecks genauer Zusammenstellung der Wählerlisten verstanden und übergibt die ausgefüllten Formulare entweder den Hauseigentümern oder leitet dieselben direkt an das Wahlbureau im Rathaus. Leider zeigte sich in vielen Fällen, daß die abgegebenen Formulare ungenügend ausgefüllt sind. Es fehlt z. B. am Kopfe des Formulars die Angabe der Straße und der Hausnummer. Dieses bewirkt eine Verzögerung in der Annahme der Formulare. Besonders schlimm zeigt sich dieses in solchen Fällen, wenn die Formulare nicht im Bureau abgegeben, sondern in den Kasten vor dem Rathaus hineingeworfen werden. In solchen Fällen läßt es sich nicht feststellen, wo die im Formular enthaltenen Personen wohnen und welchem Wahlbezirk man sie zu teilen soll. Darum bittet der Magistrat durch Vermittlung der Zeitungen die Bürgerpflicht, die Formulare in allen Einzelheiten und allen Rubriken genau auszu-

Vom Vogelzehlten.

(Eine Ernte-Klauderei.)

Auf dem Grabstein des deutschen Minnesängers Walther von der Vogelweide, unter einer Linde in dem von einem Kreuzgang umschlossenen Grabhof von Würzburg, Susangartlein genannt, welches Wort der andere Würzburger Dichter May Dathenby über seine Frühlingslieder aus Franken setzte, waren einst vier lateinische Verse eingekauert, die in deutscher Übersetzung also lauteten:

„Walther, der du im Leben der Vögel Weide gewesen,
Blume der Wohlredendheit, Mund der Pallas, du starbst.
Daß die himmlische Krone nun deine Tugend erringe,
Spreche, wer dieses liest, deiner erbarme sich Gott.“

Am Neumünsterfest zu Würzburg wurde 1848 der Grabstein erneuert, und zwar unter der Aufschrift mit einem Futtermaß versehen, aus dem sich die Reiblinge des Dichters die ihnen gespendeten Kornopfer holen sollten. Nach einer Sage soll Walther sterbend nämlich verfügt haben, daß auf seinem Leichenstein täglich die Vögel gefüttert und getränkt würden und dementsprechend vier Löcher darauf angebracht wären. Das Kapitel des Stiles habe aber später diese Vogelweide in eine am Jahrestage Walthers unter die Chorherren zu verteilende Anzahl von weißen Broten verwandelt.

Nun wird sich in einigen Tagen wiederum die Zeit der Ernte erfüllt haben, allwo das reife Korn unter dem Senfengang der Schnitter fällt, um den Menschen die notwendige Nahrung für den Winter zu geben. Da kann man es noch in verschiedenen deutschen Gegenden sehen, daß man an einer bestimmten Ecke der Felder ein nicht zu großes Ehrenbüschel stehen läßt: den sogenannten Vogelzehlten, ein Dankopfer, das noch auf germanische Urzeiten zurückgeht. Dieser Rest der Frucht in Wahren oder Heften wird auch Alwald oder Gluckstorn oder Hambod genannt. Dieses Opfer, den Tieren dargebracht, galt eigentlich als Dank den Göttern, die wiederum den Feldern ihre Gnade gaben. Wenn dem Pferde Botans ein Getreidebüschel unangenehm stehen blieb, so galt die Gabe dem Gotte selbst; desgleichen ist es ein Dankopfer, wenn den Vögeln des Himmels Brotkrumen gestreut oder ein Kornbüschel ausgelegt wird. Wie die griechische Einbildung sich die Götter gespiegelt dachte, so kennt der altdeutsche Glaube göttliche Jungfrauen mit Schwanzfedern; in der nordischen Mythologie legen Götter ein Adlerkleid, Göttinnen ein Falkenkleid an. In Norwegen wurde früher am Julabend den Sperlingen ein Kornbüschel ausgelegt. Im Osten gedachte man sogar in zweifacher Weise dankbar mit einem Zehlten, indem man zunächst den Vögeln einmal zwei Geißel von der Wintersaat geben mußte, außerdem aber, wenn die Ernte glücklich eingebracht war, nachts um 12 Uhr

eine Garbe aus der Scheuer warf, „damit die Engeln im Himmel davon zehren“.

In manchen Gegenden mußte dieser Vogelzehlten der auf dem Felde stehengelassenen Ähren mit Blumen und bunten Bändern geschmückt werden. In der medienburgischen Gegend von Hagendorf sagte man hinsichtlich des Vogelzehlten: man ließe ihn stehen, „damit die Baur Fütter für sein Pferd habe“. Viel im Schaumburgischen früher der letzte Stalm unter der Senfe, so stellte sich Alt und Jung um den Erntefranz und rief jauchzend: „Waut, Waut, Waut!“ Woban erhielt sein Dankopfer. Im Schwärmer Archib liegt eine alte Urkunde, in der es nach Albert Freyhe also heißt: „Wann nemlich die Roggen-Ernte genedig, lassen die Meyer auf dem letzten Stid Alders ein klein Plälein, oder, wie man's nennt, Humpel Roggen stehen. Denselben unabgemähren Roggen schürzen sie oben dreifach zusammen und besprengen ihn mit Wasser. Wenn das geschehen, stellen sie sich sämtlich mit gebückten Häuptern in einen Kreis herum, richten ihre Sicheln aufwärts gegen den Kornbüsch, rufen und schreien überlaut:

„So Wode, du Wode, du goder,
hale binem rolle nu voder,
hale nu Diseln und Dorn,
lom andern Jahr beter Korn.“

Bunte Zeitung.

Die Studenten von Ingolstadt. Am 1. August kann die Münchener Universität ihres 400jährigen Bestehens feierlich begehen. Diese Angabe kann allerdings irreführend sein, denn München selbst beherbergt die bayerische Landesuniversität erst seit 1826. Vor dem bestand sie sich in Landshut (1802—1826) und in Ingolstadt (1472—1802). Wer sich über die Ingolstädter Tage orientieren will, wird am besten nach den Universitätsakten greifen. Welch ein Wandel des Studentenlebens einst und jetzt! Damals um 1500 herum kauften die Studenten, streng bewacht wegen der Gefahren, mit denen sie das Wirtshaus und der Umgang mit Weibern bedrohte, in den sogenannten „Burien“, die unter Aufsicht der Fakultäten standen, von Magistrat als „Conventores“ geleitet und von „Schaffnern“ wirtschaftlich versorgt wurden, rudelweise zusammen. Sieben solche Burien bestanden in Ingolstadt. Die Buria Angelica, Buria Aquilae, Draconis, Pilii, Solis, Rosarium und Parisiensis. Die letztere im Volksmund als „Parierwurk“ bekannt. Die Burie wurden zur Zeit der Frühmesse geöffnet und im Sommer bei Sonnenuntergang, im Winter nach dem Abendbrot, das heißt um 8 Uhr geschlossen. Wehe aber dem Weisheitsbesessenen, der den Versuch unternahm, das Fenster zur Tür zu machen und zu verbotener Zeit der heiligen Nacht zu entweichen! Alles stand unter strenger Kontrolle: der

Besuch der Vorlesungen, die Teilnahme an den gemeinsamen Übungen, Vergnügungen und Kurzweil, besonders auch die Bekleidung. So verzeichnete die Akten, daß im Sommer 1517 ein Student bestraft wurde, weil er öffentlich einen Strohhut getragen hatte. Die Umgangssprache auch im Verkehr der Studenten untereinander war Latein, und selbst bei den Mahlzeiten wurden die Bediensteten durch die Vorlesungen von Abschneiden aus der Vulgata unterhalten. Kopfhänger sind es trotzdem nicht gewesen. Das beweisen die vielen hochnotpeinlichen Eintragungen, die von Erweisen aller Art, unschuldigen und zum Teil wohl auch nicht mehr ganz unschuldigen Streichen und den äblen Folgen, die sie nach sich zogen, zu berichten haben.

Ein Brief des Logenbruders Goethe. Einen bedeutenden Goethebrief veröffentlicht in der „Neuen Zürcher Zeitung“ Edward Morold. Der Brief stammt aus der Zeit, als Goethe dem Maurerorden schon kritisch gegenüberstand. Er bezieht sich auf einen Freimaurerkongreß in Wilhelmshafen, auf dem in dreißig Sitzungen gestritten wurde, ob die Maurer von den alten Tempelrittern abstammten. Goethisch der herrliche Schluß nicht auf das Kleid, sondern den Geist zu dringen. Hier folgt der Brief: „Brief des Vrs. Wolfgang Goethe an Dr. Philipp Kaiser, Mitglied der M. B. Die Geschwindigkeit des Lebens nimmt mich fort, daß ich mich wenig noch entfernten Freunden umsehen kann. Ihr Aufenthalt in M. B. muß sehr interessant gewesen sein. Die geheimen Wissenschaften haben mir nicht mehr noch weniger gegeben als ich hoffte. Ich suchte nichts für mich drinne, bin aber schon belehrt genug, da ich sehe, was andere für sich drinne suchten, fanden, suchten und hoffen. Man sagt: man lerne den Menschen beim Spiel am besten kennen lernen, seine Leidenschaften zeigten sich da offen und wie in einem Spiegel; so hab' ich auch gefunden, daß in der kleinen Welt der Brüder, alles zugeht wie in der großen, und in diesem Sinne hat es mir viel genützt, diese Regionen zu durchwandern. Wenn ich mich nicht irre, so sagte ich Ihnen dies schon ehemals noch im Vorhofe, und habe bei der Bundeslade nunmehr auch nichts weiter zu sagen. Dem Augen ist alles klar, dem Hören thöricht. Alle Dinge außer dem Menschen sind ihm Stoff und Werkzeug, die er braucht, je nachdem er Meister oder Pfuscher, Kind, Weiser, Wohlthäter oder Bösewicht ist. Wie gerne spräch ich icho recht viel mit Ihnen darüber, schriftlich ist es zu weitläufig und geht auch nicht an. Ich habe alles gelesen und bin in Erwartung, ob die wohlthätigen Ritter das Kennen gewinnen. Vielen, merke ich, ja fast allen ist die weiß und rote Maske lieber. Und aufrichtig, wenn man vernünftig und wohlthätig sein will und weiter nichts; so kann das jeder für sich und am hellen Tage in seinem Hauskleide. Leben Sie wohl. Schreiben Sie Seideln, was Sie von Musik wünschen, der soll es betreiben, und schicken mir etwas von sich.“

28. d. 15. März 1783.

füllen, da man nur dann auf ein genaues Wählerverzeichnis zählen kann.

Anmeldepflicht der Tabakhändler.

Der Berufsverband der Tabakindustrie für das ehemals preussische Teilgebiet veröffentlicht folgende Mitteilung:

Alle Verkäufer von Tabakwaren, also alle Personen, die sich im Groß- oder im Kleinhandel mit dem Verkauf von Zigarren, Zigaretten, Tabak, Kautabak befassen, machen wir auf das in Nr. 47 des Dziennik Ustaw veröffentlichte Gesetz über das Tabakmonopol und besonders auf den Art. 53 dieses Gesetzes aufmerksam, der besagt, daß jedes Unternehmen der oben angegebenen Art anmeldepflichtig ist. Diese Meldung muß enthalten: a) Beschreibung des Lokals, b) Höhe der jährlichen Umsätze und Gewinne in den Jahren 1918 bis 1921, c) die Menge und den Wert der Tabakfabrikate, die am 25. Juni 1922 im Lager vorhanden sind. Zugleich ist eine Eingabe um Konzessionserteilung für weiteren Handel mit Tabakwaren einzureichen. Die Meldung wie auch der Antrag auf Erteilung der Konzession muß dem Kreisfinanzamt (in Posen Finanzamt, Allee Mazowieckie 31) spätestens bis zum 29. Juli d. J. überreicht werden. Beides, die Meldung und der Antrag, müssen in zwei Exemplaren vorliegen. Händler, welche den Antrag um Konzessionserteilung nicht stellen, verlieren das Recht zum weiteren Handel mit Tabakfabrikaten. Die Abgabe der oben angegebenen Erklärungen im Finanzamt liegt also im Interesse aller Händler.

Streik der Landarbeiter?

Die Lohnstreitigkeiten zwischen dem landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband und dem Verband der Land- und Forstarbeiter wurden einer Schlichtungskommission unterbreitet. Nach der Entscheidung werden die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter im 2. Quartal um 50 Prozent erhöht. Der Verband der Arbeitnehmer hatte eine Erhöhung von 100 bis 250 Prozent beantragt. Der Arbeitgeberverband lehnte den Schlichtungsantrag ab mit der Begründung, daß sich die Arbeiter jetzt in einer sehr günstigen Lage befinden, während die Landwirtschaft sich infolge der ungünstigen Witterung des vorigen Jahres in einer weniger günstigen Lage befindet und eine so bedeutende Lohnsteigerung nicht tragen kann. Die Möglichkeit eines Streiks ist nicht von der Hand zu weisen, da die „Pravda“ ein Kommuniqué veröffentlicht hat, welches die Arbeitnehmer zu einer Versammlung am Sonntag einberuft, in der über den eventuellen Eintritt in einen Streik Beschluß gefaßt werden soll.

Eine Bekanntmachung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Bauernvereine.

Wir geben unseren Mitgliedern bekannt, daß die Verhandlungen mit dem Hiednoczenie Zawodowe Polskie über die neuen Löhne für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1922 infolge der maßlosen Forderungen des Z. Z. P. nicht zu einer Verständigung geführt haben. Wir sind aber nach genauer Prüfung der gegenwärtigen Verhältnisse zu der Überzeugung gekommen, daß eine Zulage von 25 Prozent zu den jetzigen Löhnen, beginnend vom 1. Juli bis 30. September, notwendig ist. Wir fordern alle unsere

Mitglieder auf, diesen unseren Beschluß einstimmig durchzuführen. Infolgedessen ist für das gegenwärtige Quartal zu zahlen:

- 1. den Deputanten 7566 M. vierteljährlich,
 - 2. den Journalen 9540 M. vierteljährlich,
 - 3. den Hauslern für Juli und August 1040 M. täglich, für September 890 M. täglich,
 - 4. Scharwerker: 1. Kategorie 125 M., 2. Kategorie 190 M., 3. Kategorie 240 M., 4. Kategorie 350 M.,
 - 5. auswärtige Saisonarbeiter und örtliche Saisonarbeiter: a) für Juli und August 1040 M., für September 890 M., b) für Burden von 18-21 Jahren 350 M., c) für Mädchen und Burden über 16 Jahre 240 M.
- Für Hiednoczenie Producentów Rolnych: M. Schreiber, J. Niedzwiedzki, Szuman, Jerzy Turno.
- Für den Hauptverein der deutschen Bauernvereine, Sonderauschuß Arbeitgeberverband: v. Saenger.

X Die V. Internationale Mustermesse zu Prag findet in der Zeit vom 3. bis 10. September 1922 statt. Den Besuchern aus Polen und der freien Stadt Danzig wird ein 75 Proz. Nachlaß der Visumgebühren gewährt, ferner genießen dieselben eine 33-prozentige Ermäßigung der Fahrt auf den tschechoslowakischen Staatsbahnen. Alle Industriezweige sind vertreten. Die letzte Messe hatte über 2500 Aussteller. Nähere Informationen erteilt das Konsulat der Tschechoslowakischen Republik in Posen, plac Sapiezynski Nr. 8, wo auch Legitimationen zu 500 M. poln. erhältlich sind.

Lebensnotwendigkeit

Ist heutzutage mehr denn je das Leben einer gut unterrichteten, großzügig geleiteten, reichhaltigen Tageszeitung, die sowohl zu den großen politischen kulturellen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart mannhaft Stellung nimmt, als auch den kleineren Begebenheiten des Alltags diejenige Beachtung schenkt, die das öffentliche Interesse erfordert.

Wer eine solche Notwendigkeit

außer acht läßt, weil ihm vielleicht das Abonnement zu teuer geworden ist — auch die Zeitung kann bei der allgemeinen Geldentwertung nicht mehr billig sein — oder weil er glaubt, im Sommer während der Ernte, während der Ferien, während sonstiger Ablenkungen keine Zeit zum Zeitungslesen mehr zu haben, der schadet sich und seinem Volkstum in nicht geringer Weise, denn er verliert dabei den Faden der Geschehnisse und tappt ganz und gar im Dunkeln.

Auf dem Laufenden bleiben

aber ist unbedingt notwendig, und dies erreichen Sie am sichersten durch ständigen Bezug des „Polen Tagesblattes“, auf das jederzeit Bestellungen entgegengenommen werden durch jedes Postamt, jede Zeitungsagentur sowie die Hauptgeschäftsstelle ul. Zwierzyniecka 6 in Posen.

Kollekte für den Landesverband der Evangelischen Frauenhilfe in Polen. Am Sonntag, dem 30. Juli, werden die evangelischen Kirchengemeinden des abgetrennten Gebietes um eine Kollekte für den Landesverband der Frauenhilfe gebeten. Der Landesverband umfaßt die sämtlichen Frauenhilfen des abgetrennten Gebietes und läßt sich angelegen sein, nicht bloß den Armen und Witwen zu helfen, sondern auch das geistige und religiöse Leben in der Frauenwelt zu fördern. Die Frauen sollen für die ihnen in der Gegenwart zufallenden besonderen Aufgaben tüchtig gemacht werden. Außerdem unterhält der Verband ein Strehenhaus, das gegenwärtig mit 34 Strehen besetzt ist, die auch sehr auf seine Hilfe angewiesen sind. Wir dürfen darum hoffen, daß der Ertrag der Kollekte eine Fortsetzung und Erweiterung unserer Arbeit möglich machen wird.

Deutscher Naturwissenschaftlicher Verein. Die Botanisch-Zoologische Arbeitsgemeinschaft unternimmt Sonntag, den 30. d. M., eine Wanderung von War. Goslin zum Kaminker See, durch den Dminkster und Biergonkaer Wald, über den Annaberg nach Czernonaf. Der Annaberg ist als Fundort botanischer Seltenheiten bekannt. Im Kaminker See Badegelgenheit. Abfahrt nach War. Goslin 7.55 früh, zurück in Posen 6.50 nachm. Proviant mitnehmen. Gäste willkommen. Wegstrecke 18 Kilometer.

Der Butterpreis steigt weiter. Die Kommission beim Milchwirtschaftlichen Reichsverband in Bromberg hat für die Woche vom 27. Juli bis 2. August den Preis für Butter für das ganze ehemalige preussische Teilgebiet ab Produktionsort festgelegt: für erste Sorte 1100 M., für zweite Sorte 1050 M.

X Festgenommen wurden: 1 Person wegen Beschuldigung, 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Unfahrlässigkeit, 1 wegen Betrugs, 2 Personen wegen Unfahrlässigkeit, 1 Person wegen Unfahrlässigkeit und Beamteneinverleumdung, 12 Prostituierte, 1 Person zwecks Weiterbeförderung nach dem Gefängnis in Wronke, 1 wegen Diebstahlsverdachts, 2 betrunkenen Personen und ein Deserteur.

X überfahren wurde in der Großen Gerberstraße von einem Lastwagen ein gewisser Leon Radomski. In schwerverletztem Zustand ist er nach dem Stadtkrankenhaus gebracht worden.

X Unvorsichtigkeit. Im Hause ul. Wolowa (fr. Koszodomska) 17 spielten zwei Knaben mit Streichhölzern, wobei sie einige Bretter in Brand steckten. Der Brand ist jedoch bald wieder gelöscht worden.

X Verschiedene Diebstähle. Im Hause ul. Bóhwiejska 37 (fr. Salzdorffstr.) ist einer gewissen Stanisława B. ein Damenmantel gestohlen worden. Der Verdacht, den Diebstahl begangen zu haben, ruht auf dem Dienstmädchen. — Aus einer offenen Wohnung des Hauses Górna Włda 102 a (fr. Kronprinzstr.) wurden einem gewissen Józef S. ein Anzug und bares Geld im Gesamtwerte von 150 000 M. gestohlen. — Einer gewissen Maria M., ul. Mazana 2 (fr. Jakobstr.) wohnhaft, sind verschiedene Wäschstücke im Gesamtwerte von 18 000 M. gestohlen worden. — Einer Frau, ul. Graniczna 4 (fr. Grenzstr.) wohnhaft, waren 900 000 M. zur Aufbewahrung übergeben worden. Sie ist nun in eine sehr peinliche Lage versetzt worden, weil ihr das anvertraute Geld entwendet worden ist. — Aus einem kosmetischen Laden in der Allee Mazowieckiej (fr. Wilhelmstr.) sind mittels Einbruchs verschiedene Artikel im Gesamtwerte von 30 000 M. gestohlen worden. Der Täter ist gefaßt.

r. Sagenau, Ar. Schwen, 25. Juli. Die Wirtschaften der Anstaltler Steinf., Bluth., Altkater und Diebstahl sind infolge der ungünstigen politischen Verhältnisse in den letzten Wochen in polnische Hände übergegangen.

Prima Kamelhaar-Dreschtreibriemen
liefern sofort
Sander & Brathuhn,
Poznań, ulica Semeryna Wielkopolskiego 23.
Telephon 4019.

Der neue polnische
Post-Tarif
auf Karton und mit Dese versehen.
Preis **Mar 20,-**
zu beziehen durch die
Posener Buchdruckerei-Verlagsanstalt I.A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Dampf- od. Wassermühle
sofort zu kaufen gesucht. Off. mit genauer Beschreibung und Preisangabe unter 8236 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.
Suche für meinen Klienten (8198)

ein Gut von 1300 bis 2000 Morg.
Erforderlich ist über 100 Morg. alterer Wald, bis 200 Morg. Wiese, guter Weizenboden, erstklassige Gebäude und in der Nähe der Bahn. Auch andere Objekte für kapitalistische Reflektanten werden gesucht.
Dom Komisowo-Handlowy
Fr. Kempa, Leszno, Dworcowa 52.

Die höchsten Preise
für getragene Garderobe,
Wäsche, Schuhe usw.
zahlt nur
W. Schmidt,
ulica Zamkowa 4,
am Stary Rynek.

Eine farbige
Strickjacke
zu kaufen gesucht. — Off.
Offerten unter 8189 an die
Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Schauenster
aus Eisen mit Tür, ebl.
komplett, 3 1/2 m breit m. Tür,
3 1/2-4 m hoch, (8177)
zu kaufen gesucht.
L. Weichmann,
Oborniki.

Kaufe
Pianino besser.
oder **Klavier.** Firma
Offerten mit Preisangabe und
Firma unt. 8215 an die Ge-
schäftsstelle d. Blattes erbeten.

Fensterglas
in allen Sorten.
Glaserlitz,
Glaserdiamanten,
Dübelsteifen
liefert **C. Zippert,**
Gniezno.

V. Internationale Messe zu Prag
vom 3. bis 10. September 1922.

Begünstigungen: 75% Nachlaß auf Visumtaxe,
33% Ermässigung der Bahnfahrt.

Nähere Auskünfte erteilt das Konsulat der Tschechoslowakischen Republik in Poznań, Plac Sapiezynski 8, wo auch Legitimationen und Messeabzeichen zum Preise von 500 Mk. poln. erhältlich sind.

Arbeitsmarkt

1 Buchhalter od. Buchhalterin,
beider Landessprachen mächtig, wird von sofort ge-
sucht. Off. unt. 8229 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Gesucht wird zum 1. Oktober für ein Gut von etwa
1200 Morgen ein jüngerer, verheirateter

Beamter,

oder ein solcher, der sich zu verheiraten gedenkt. Gute
Empfehlungen und Kenntnis der polnischen Sprache Be-
dingung. Bewerbungen nebst Zeugnisabschriften unter
8219 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Zum 1. 10. d. J. wird für das Hauptgut der Herrschaft
Dminka (8206)

ein unverh., jüng. Inspektor,
der auch die polnische Sprache beherrscht, gesucht. Meld.
mit Zeugnisabschriften und zu richten an
Boschet, Dminka.

Brennereiverwalter

zum sofortigen Antritt gesucht. Bewerber, die kleine Repa-
raturen selbstständig ausführen oder die elektrische Zentrale be-
dienen können, bevorzugt. (8220)

Montant Kotowiecko, pow. Klejzew.

Suche für sofort
gebildete Dame zur Leitung meines
Landhaushaltes. (8208)

Petzel, Obrzysko Stare, pow. Kosejański.

Junges Mädchen,

welches bereits in
Stellung war, zu
meiner (8197)
Aufsichtigung im Haushalt gesucht. Familienanschl.
Frau Guttsch. Schendel, Radom b. Polajewo, pow. Oborniki.

Nach Deutschland sucht:
Deputatfamilien m. Hofgän-
ger, Bögge, Aufzuchtler, Stel-
macher, Diener u. familiäres
Dienstpersonal (8233)

Paul Schneider,
Stellungsvermittler,
Poznań, sw. Marcin 48.

Zu bald, spätestens
1. Oktober eine

Erzieherin

zu 2 Knaben von 8 und 6
Jahren gesucht. (8194)

Bewerbungen an
Frau Rittergutsbesitzer
Niehoff, Skarszewo,
v. Lasowice (Pomorz).

Nähterin

und einige jüngere
Mädchen (8278)

zum Erlernen der
Strickerei gesucht.

C. Szwarc,
Kanał 14. — Strickerei.

Gärtner,

verh., 45 Jahre alt, besitzt beste
Erfahrung in seinem Fach,
tüchtiger Blumenzüchter, sucht
zum 1. Oktober d. J.
dauernde Stellung.
Offert. ab. W. Piechowiak,
Słwino v. Duszynki, Sz. Poznań.

Alleinsteh. Fräulein,

38 J., ev., mit eigenem Heim
und Vermögen, wünscht sich zu
verheiraten. Offert. n. 8235
a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Kaufe Möbel

gebrauchte
sowie ganze Wohnungs-
einrichtungen. (8226)

Zahle Höchstpreise.
Robert Konukiewicz,
ul. Poznańska 46/48, Hof I. II.

Buchmacherin b. g. Gehalt
u. fr. Stat.
ab sofort gesucht. Bewerber
m. Lichtbild u. Gehaltsanpr. an
G. Kimmel,
Poz. u. Herrenmodengeschäft,
Wolsztyń. (8216)

Suche zum 1. September, evtl. früher, (8217)

gebild., ev. Hausdame

im Alter von 30-40 Jahren. Selbige muß in großen
Häusern tätig gewesen und in der Lage sein, mich auch
bei Abwesenheit zu vertreten. Offerten mit Lebenslauf,
Bild, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbittet

Frau Ilse Buettner,
Rittergut Schönsee (Sejoriki),
Post Niezychowo, Kreis Wyrzysk.

Wer bei Chiffre-Anzeigen

innerhalb Polens seine eingereichte
Offerte sofort weiter be-
fordern will, den ersuchen
wir, Nr. 20. — für Porto dem
Briefe gleichzeitig beizufügen

Geschäftsstelle des „Posener Tagesblatts“

Berufslandwirt

mit 19-jähriger Praxis auf intensiven Gütern in Schlesien
und Posen, guter Vieh- und Ackerwirt, Ackerbauschule be-
sucht, 37 Jahre alt, verheiratet, der deutschen und polnischen
Sprache in Wort und Schrift mächtig, mit Buchführung
vertraut, in unge- sucht, gestuft auf gute Zeugnisse u.
fünftätiger Stellung. Empfehl., z. 1. 10. od. 1. 1. 23
Gef. Angeb. u. 8228 an
die Geschäftsst. d. Bl. erb.